Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153. Mittwoch, den 3. Juli 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Staatsanleihen und allgemeine Wirtschaftspolitik.

Seit langer Zeit schon klagt die Regierung und klagen mit ihr die „Staatserhaltenden“ über den niedrigen Kurs der deutschen Staatsanleihen. In der Tat genügt es, die Kurse der deutschen Anleihen mit jenen fremder Staaten zu vergleichen, um diesen Schmerz zu verstehen. Am 27. Juni z. B. zahlte man für 100 Nominalwert der deutschen dreiprozentigen Reichsanleihe 80,25 an der Berliner Börse, während am gleichen Tage für die ebenfalls 3 Prozent abwerfenden französischen Anleihescheine an der Pariser Börse 92,77 für 100 gezahlt wurden, die deutsche 3½prozentige Anleihe notierte 90, die 3½prozentige italienische Anleihe dagegen 97,90 für 100. Das bedeutet, daß die französischen und italienischen Kapitalisten bereit sind, beim Erwerb der Staatspapiere sich mit geringerem Zinsertrag zufrieden zu geben, als die deutschen. Berechnet man nämlich die Rentabilität, d. h. den faktischen Zinsertrag, den diese Papiere abwerfen, so ergibt sich, daß die 3prozentige deutsche Anleihe bei dem genannten Kurse 3,73 Prozent abwirft, die 3prozentige französische Anleihe nur 3,23 Prozent. Für die Finanzverwaltung hat das insofern einen Nachteil, als das Deutsche Reich, wenn es in die Lage kommt, neue Anleihen aufzunehmen, höhere Zinsen zahlen muß und größere Schwierigkeiten hat, das Geld zu beschaffen, als die französische Republik. Daß dem so ist, ergibt sich auch schon daraus, daß Deutschland bekanntlich dazu übergehen mußte, für seine Anleihen in den letzten Jahren 4 Prozent Zinsen zu zahlen, während andere westeuropäische Staaten einen solchen hohen Zinsfuß nicht kennen.

Fragt man nach den Ursachen dieser Erscheinung, so ist die Erklärung nicht einfach. In der Hauptsache kommt in Betracht die Nachfrage nach Staatspapieren und die Verzinsung, die die Kapitalisten eines jeden Landes bei anderer Anlage ihres Kapitals erzielen können. In einem Lande, wo es viele kleine Kapitalisten gibt, die ihr Geld sicher anlegen wollen, wie in Frankreich, ist die Nachfrage nach Staatspapieren groß, in Ländern, wo diese Kategorie der Kapitalisten geringer ist, ist die Nachfrage minder lebhaft. Aber es kommt hinzu, daß die deutschen Staatsanleihen außerhalb Deutschlands so gut wie keine Nachfrage haben. Weder in England, noch in Frankreich, Belgien oder Holland, kurz in keinem Lande mit Überfluß an Geldkapital denkt man daran, dieses Kapital in deutschen Staatspapieren anzulegen. Warum? Neben politischen Ursachen spielt dabei die entscheidende Rolle das Mißtrauen gegen die deutsche Finanzwirtschaft. Weil das Reich seit Jahrzehnten eine unverantwortliche Wirtschaft treibt, Schulden auf Schulden häuft und nicht an die Tilgung dieser Schulden denkt, hat man im Auslande kein Vertrauen zu den deutschen Staatspapieren. Im Inlande aber liegen die Dinge so, daß den deutschen Kapitalisten hohe Profite auf verschiedenen Gebieten winken, daß infolgedessen die Industriellen und die Kaufleute bereit sind, hohe Zinsen an die Geldeigner zu zahlen, um sich das ihnen notwendige Kapital leihweise zu beschaffen. Die Folge ist, daß nur ein geringer Teil der Geldeigner sich bereit finden läßt, Staatspapiere als Kapitalsanlage zu erwerben. Die geringe Nachfrage erklärt dann leicht den niedrigen Preis der Staatspapiere.

Der Reichsschatzsekretär und der preußische Finanzminister machen nun seit einiger Zeit Anstrengungen, um trotz dieser einfachen Sachlage den Kurs der Staatsanleihen künstlich in die Höhe zu treiben. Ein Sachverständiger, der Bankdirektor Gwinner, hat vor einiger Zeit im preußischen Herrenhause diesen Herren das Zeugnis ausgestellt, daß sie wirklich nichts von Geldgeschäften verstehen, und der preußische Handelsminister, frühere Reichsschatzsekretär, scheint eifrig bemüht, dafür Beweise zu erbringen. Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß er an die Handelskammern ein „vertrauliches“ Rundschreiben gerichtet hat, in dem er sich über eine Bank beschwert. Diese hatte an ihre Kunden einen Prospekt versandt, in dem sie die Obligationen (also festverzinsliche Schuldverschreibungen) eines Industrieunternehmens empfahl, die mit 5 Prozent verzinst werden. Der Prospekt setzte auseinander, daß die Anlage in jenen Obligationen vorteilhafter sei, als die Anlage in Staatspapieren. Herr Sydow ist nun erheblich entrüstet über diesen Vorfall und fordert die Handelskammern auf, die Bankiers zu beeinflussen, daß sie solche Späße unterlassen. Man kann sich vorstellen, mit welcher Heiterkeit die jungen Leute in den Bankkontoren diesen Erguß des gepreßten Ministerherzens genossen haben. Wäre in dem Rundschreiben bewiesen, daß jene Bank ein unsolides Papier empfohlen hat, so wäre die Sache noch einigermaßen verständlich, aber es wird darin nur gesagt, daß die angebotenen Obligationen an keiner Börse notiert werden. Das aber ist noch kein Grund zu einem Vorwurf. Der Herr Minister sollte doch wissen, daß in jedem Bankkontor tagtäglich sich der gleiche Vorgang wiederholt. Es kommen Kunden, die Kapital zinstragend anlegen wollen, und dann beginnt die Erörterung über die Rentabilität. Diese Geldeigner, soweit sie nicht ausgesprochene Dummköpfe sind, wissen ganz genau, daß das Risiko bei privaten Papieren zumeist größer ist als bei Staatspapieren und ziehen das natürlich in Betracht. Die Banken aber haben ein Interesse, diejenigen Papiere zu empfehlen, bei denen sie hohe Provisionen verdienen. Solange sie nicht Schwindelpapiere empfehlen, die Kunden nicht über das Risiko täuschen, ist die Sache in Ordnung. Deshalb kann Herr Sydow sich die Finger wund schreiben und wird doch nicht erreichen, daß die Nachfrage nach Staatspapieren steigt. Um so mehr, als ja die absolute Sicherheit vor Verlusten auch bei den Staatspapieren nicht vorliegt. Jeder gewissenhafte Bankier wird seine Kunden auch darüber informieren müssen, daß die deutschen Staatsanleihen in den letzten Jahren gewaltig an Wert verloren haben. Im Jahre 1896 hatte ein 3½ prozentiger Anleiheschein im Nennwerte von 1000 Mk. einen Börsenwert von 1045 Mk., im Jahre 1911 nur noch von 920 Mk.

Nun besteht aber zwischen der allgemeinen Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung und dem Kurse der deutschen Staatspapiere ein notwendiger Zusammenhang. Die Regierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um die Profite der Unternehmer zu steigern. Indem die Regierung extreme Schutzzollpolitik treibt, wirkt sie dahin, daß die Warenpreise und damit die Profite steigen. Sie fördert diese Tendenz ferner auch durch die Unterstützung, die sie den Kartellen angedeihen läßt, schließlich durch ihre Steuerpolitik, bei der sie dafür sorgt, daß den Unternehmern Extraprofite entstehen. Die Folge ist, daß in der Tat in einer ganzen Reihe von Industrien, die den Schutzzoll ausnützen können und durch Kartelle die Preise in die Höhe treiben, die Profite in den letzten zwei Jahrzehnten ganz bedeutend sind. Das aber hat zur Folge, daß die Unternehmer bestrebt sind, ihre Betriebe zu vergrößern, und Kapital herbeizuziehen, wo sie können. Diese starke Nachfrage nach Kapital von der Industrie treibt den Zinsfuß in die Höhe und deshalb wollen sich die Kapitalisten nicht mehr mit dem früheren Zinsfuß der Staatspapiere begnügen. Solange also die deutsche Regierung in ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik zugunsten des Unternehmertums fortfährt, werden ihre Bestrebungen, den Kurs der Staatsanleihen zu heben, eine Lächerlichkeit bleiben.

Aber noch ein weiterer Zusammenhang ergibt sich. Die Staatsanleihen werden verzinst aus den Steuern, die man den arbeitenden Volksmassen auferlegt. Heute zahlt die Bevölkerung Deutschlands allein an Zinsen für die Reichsschuld rund 200 Millionen Mark jährlich an die Kapitalisten. Die Verzinsung der Schulden der Einzelstaaten und Kommunen erfordert über eine Milliarde jährlich. Die öffentliche Schuld ist ein Mittel, die Kapitalisten auf Kosten der arbeitenden Massen zu bereichern. Das Sinken des Kurses der Staatsanleihen hat dazu geführt, daß seit Jahren sowohl das Reich als auch die Einzelstaaten und die Kommunen 4 Prozent Zinsen bei neuen Anleihen zahlen müssen, wo sie früher 3½ und 3 Prozent zahlten. So ergibt sich: durch die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung wird die Kapitalistenklasse in die Lage versetzt, die Arbeiterklasse auszubeuten, nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten, die künstlich in die Höhe geschraubte Preise zahlen müssen. Nebenbei aber steigt auch noch die Ausbeutung der Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger, weil die Zinsenlast steigt.

Nur eine radikale Umkehr von dieser auf den Warenwucher gerichteten Wirtschaftspolitik könnte auch eine Änderung auf dem Gebiete des Staatskredits herbeiführen. Aber hier steht die Arbeiterklasse allein, die Kapitalisten und ihr Anhang wehren sich mit Zähnen und Klauen gegen den Freihandel, gegen die Beseitigung der Maßnahmen zur künstlichen Steigerung der Profite. Um so schärfer wird der Gegensatz zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen den liberalen Hurrapatriotismus

wendet sich Oberst a. D. Gädke, der frühere militärische Sachverständige des „Berliner Tageblatts“, in seinem „Kleinen Journal“. Er schreibt, daß die Angaben „eines liberalen Berliner Blattes“ über die Organisation der französischen Infanterie teils völlig falsch, teils irreführend sind. Offenbar verärgert bemerkt er einleitend, die Angaben scheinen fast zu beweisen, „daß dieses Blatt mit seinem militärischen Beirat in das Lager des Hurrapatriotismus übergegangen ist, und daß ihm jedes Mittel recht ist, seine Leser von der Notwendigkeit fortgesetzter neuer Rüstungen zu überzeugen — selbst mit Hilfe unzutreffender Behauptungen.“ Gädke schließt seine Ausführungen wie folgt: „Aber wenn Frankreich nun wirklich 20 Bataillone mehr hätte? Das erwähnt der Verfasser garnicht, daß unsere Infanterie sowohl an Zahl der Unteroffiziere als der Mannschaften der französischen ganz beträchtlich überlegen ist; es hinge also nur von unserer Heeresverwaltung ab, schon jetzt nicht nur ebensoviel, sondern erheblich mehr Bataillone aufzustellen als Frankreich, wenn sie diese Bataillone ebenso schwach machen wollte als die unseres Nachbars sind. Wenn sie das nicht will — es liegt hier ein grundsätzlicher Unterschied der organisatorischen Anschauungen vor —, dann kann sie nachher nicht kommen und sich beklagen, daß Frankreich uns an Zahl der Bataillone überlegen ist.“

Boykott unter Katholiken.

Der päpstliche Einhaltsbefehl gegen die Kampfhähne aus dem klerikalen Lager scheint nur die Wirkung zu haben, daß die feindlichen Brüder von Worten zu Taten übergehen. Nachdem die Breslauer Pfarrer Zimbel und Beyer der „Schlesischen Volkszeitung“ vor Wochen bereits den Boykott androhten, haben sie jetzt eine Versammlung von katholischen Geistlichen abgehalten, in denen aufgefordert wurde, die in den katholischen Fachabteilungen organisierten Arbeiter zu veranlassen, die beiden in Breslau erscheinenden offiziellen Zentrumsblätter vom 1. Juli ab nicht mehr zu abonnieren! Der hundertmal verdammte Boykott wird also jetzt unter den Frommen selbst angeordnet.

Die Herrschaft des Klerus über die Zentrumsfraktion.

In einer Polemik gegen den badischen Zentrumsführer Geistl. Rat Wacker schreibt die anti-kölnische „Kölner Korrespondenz“, daß Oberlandesgerichtspräsident Abg. Dr. Peter Spahn „sich die Idee der Osterkonferenz in etwas potenzierter Form zu eigen machte“, wonach das Zentrum grundsätzlich im Einklang mit dem Katholizismus bleiben muß. Am Schlusse des Artikels heißt es:

„Es können Fragen entstehen, in denen das Zentrum nicht weiß, wie es entscheiden muß, um den Einklang mit den katholischen Grundsätzen zu wahren. Was tut die Fraktion in solchen Fällen? Sie informiert sich bei den theologischen oder kirchlichen Autoritäten. So hat es Windthorst gehalten und die anderen Parteiführer haben es stets so geübt. Windthorst reiste bei den Bischöfen herum und verhandelte schriftlich und mündlich mit dem Wiener Nuntius. Seine Nachfolger in der Parteileitung machten es ebenso. Als z. B. der Ehegesetzparagraph des B. G.-B. fabriziert wurde, da haben die maßgebenden Instanzen mit hochnotpeinlicher Gewissenhaftigkeit sich informiert, wie weit sie vom katholischen Standpunkt aus gehen könnten. Aus neuerer und neuester Zeit könnten wir für die Fühlungnahme des Zentrums mit der Kirche drastische Beispiele anführen.“

Die christliche Brüderlichkeit im Zentrum.

Die „Kölner Korrespondenz“ wütet in jeder neuen Nummer heftiger gegen die Bachemsche Richtung. In der letzten Nummer vom 1. Juli ist ein Artikel „Die Infamie“ überschrieben, worin gesagt wird, daß „unter den Organen der Kölner Richtung neben der Neisser Zeitung noch das Inseratenblatt „Essener Volkszeitung“ auf niedrigster Stufe steht.“ Dies Blatt bringe eine Zuschrift, worin die deutschen Bischöfe aufgefordert werden, Herrn Dr. Kaufmann (der bekanntlich Kaplan ist) aus ihren Diözesen zu vertreiben.“ Keine andere Partei habe „eine solche Infamie jemals erlebt“. Weiter greife das Essener Zentrumsblatt die Würdenträger der Kirche, Bischöfe und Kleriker in höherer Stellung an, die Dr. Kaufmann „immer noch ihre Türen öffnen“ und ihn beschützen. Darauf schreibt die „Kölner Korrespondenz“: „Diese Jammergestalten! Wir kennen kein Land der Welt, wo es Katholiken und katholische Blätter wagten, eine solche Sprache gegen kirchliche Autoritäten zu führen!“

Das „Katholische Deutschland“ erläßt in seiner Nummer vom 30. Juni eine Erklärung gegen die „Schlesische Volkszeitung“, worin dies bachemische Zentrumsblatt der Verdächtigung und Verleumdung des „Katholischen Deutschland“ geziehen wird. — Weiter veröffentlicht das

„Kath. Deutschland" eine Berichtigung, die ihm die bachemitischen „Schlesischen Nachrichten" gesandt haben, weil das „Kath. Deutschland" über das Zentrumsblatt geschrieben hatte: „Ein Blatt, das derart gegen den Papst und die treukatholischen Vereine hetzt, ist nicht wert, in das Haus eines katholischen Schlesiers zu kommen". — Dem Justizrat Dr. Porsch wirft das „Kath. Deutschland" vor, er habe in seiner gegen den Grafen Oppersdorff gerichteten Rede durch Herausreißen zweier Sätze aus dessen Artikel dem Grafen „eins versetzen" wollen und habe „diese Sätze dadurch in vollkommen wahrheitswidriger Weise entstellt." Dann wird Justizrat Porsch noch „Verdrehung" vorgeworfen.

So sieht der brüderliche „Waffenstillstand" aus, der nach dem vom Papst verkündeten „lebhaftesten Wunsch" bis zu der von Rom zu fällenden Entscheidung eintreten sollte!

Die Mobilisierung der antiproletarischen Jugend — oder auch die antiproletarische Mobilisierung der Jugend — ist der Zweck des von dem deutschen Generalfeldmarschall v. d. Goltz, dem früheren Türkeninstrukteur, gegründeten Jungdeutschlandbundes. Deutlich genug kam dies in einer, natürlich stürmisch bejubelten Rede zum Ausdruck, die der auch aus den Steuergroschen der Arbeiter besoldete Generalfeldmarschall am Sonntag auf dem 13. deutschen Jugendspielkongreß in Heidelberg hielt. Er erklärte rundheraus, daß die Kriegsgefahr des letzten Herbstes den Anstoß zur Gründung gab und daß die Wehrhaftmachung und Marschausbildung der Jugend der Hauptzweck ist. Wenn er sich dann gegen militaristische Formen aussprach, so gewiß in der Erkenntnis, daß man mit dem Kasernendrill die Jugend nur von sich stoßen würde! Auch die Heimatsliebe soll gepflegt werden durch Wanderungen, aber die Vaterlandsliebe, so hofft der General, müsse sich umsetzen in Liebe zum Landesherrn und in Treue zu Kaiser und Reich! worunter die Offiziösen selbstverständlich nur den Kadavergehorsam gegen Regierung und die widerspruchslose Unterstellung unter die Vormundschaft der Bureaukratie verstehen. — Im übrigen wurde auf dem Kongreß von vielen Seiten obligatorisches Turnen und Spielen für die Fortbildungsschüler gefordert und Professor Krauß-Charlottenburg hob hervor, daß die zu lange Arbeitszeit der Jugendlichen und das großstädtische Wohnungselend der Proletariermassen es sind, die die Jugend körperlich untüchtiger machen. Er fand aber keinen Beifallssturm — wie Herr v. d. Goltz, und schon garnicht fand sich jemand, der dagegen protestiert hätte, daß man die Arbeiterturnvereine gewaltsam hindert, die Arbeiterjugend zu „ertüchtigen".

Zur nationalliberalen Parteizersplitterung.

Eine Versammlung des Jungliberalen Vereins Darmstadt beschloß, der neugegründeten „Freien Vereinigung hessischer Nationalliberaler" beizutreten. Die anwesenden beiden Parteiführer Dr. Osann und Dr. Röller protestierten vergeblich gegen den Anschluß. Infolgedessen traten beide Parteiführer nebst vier weiteren Mitgliedern aus dem Verein aus.

Keine liberale Verständigung in Württemberg.

Aus Württemberg wird gemeldet: Die zwischen den Leitungen der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs gepflogenen Verhandlungen wegen eines Abkommens für die Landtagswahlen haben die Genehmigung der beiderseitigen Parteiinstanzen nicht gefunden, weil in einzelnen Bezirken lokale Streitigkeiten entstanden sind. Indessen werden die Verhandlungen wegen dieses Abkommens von den Parteien fortgesetzt.

Ein neuer Scheiterhaufen.

Der Pfarrer an der Berliner Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche und fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Heyn hat in der „Vossischen Zeitung" einen Aufsatz veröffentlicht, der von einem anderen Pfarrer erzählt, er habe gesagt, daß die Bibel gewiß von gottbegnadeten und gottbegeisterten Menschen geschrieben sei, aber neben den großen, edlen, göttlichen Gedanken, die Gott ihnen ins Herz hineingab, auch menschliche, vergängliche Anschauungen enthalte. „Man schämt sich fast", fügte Heyn hinzu, „das immer wieder sagen zu müssen: es ist nicht wahr, daß die Bibel irrtumloses Gotteswort sei."

Die Orthodoxen wollen dem Pfarrer Heyn einen Scheiterhaufen errichten und ihn wie Jatho und Traub vor ein Disziplinargericht bringen. Heyn selbst ist von den Glaubenswächtern noch keine Mitteilung zugegangen.

Rußland.

Wie die russische Geheimpolizei politische Propaganda treibt! Wie der sozialdemokratische Dumaabgeordnete, Genosse Gegetschkori, in einer seiner jüngsten Reden mitteilt, wurden in sämtlichen Arbeitervierteln Petersburgs Zehntausende von Flugblättern verbreitet, die die Arbeiter aufforderten, gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten zu protestieren, die dem Marineressort die „für die Arbeiten so nützlichen" Flottenkredite verweigerten. Die Flugblätter trugen die Unterschrift einer geheimen revolutionären Organisation. In Wirklichkeit aber waren sie — wie Genosse Gegetschkori mitzuteilen in der Lage war — in der Petersburger „Ochrana" hergestellt!

Türkei.

Die inneren Wirren. Nicht nur in Albanien, sondern auch in Smyrna gärt es unter den Offizieren. Der Konstantinopeler „Tanin" veröffentlicht eine Inschrift aus Monastir in der es heißt, durch die Untersuchung sei festgestellt worden, daß in Monastir ein Geheimkomitee namens Hifzi Vatan, d. h. Schutz des Vaterlandes, bestehe, das in der Armee Propaganda getrieben habe. Die Deserteure gehörten einem Komitee an, das nationale albanische und allgemeine nationale Ziele verfolge. Das Komitee fordere als Genugtuung für das den Offizieren widerfahrene Unrecht den Rücktritt des Kabinetts, die Aburteilung des Kabinetts Hakki Pascha und die Bildung eines unabhängigen Generalstabs sowie das Verbot politischer Betätigung seitens der Offiziere. Ferner verlautet nach einem Konstantinopeler Telegramm in Oppositionskreisen, auch die Offiziere der Smyrnaer Garnison verlangten einen Wechsel der Regierung. Der Oberkommandant der Truppen des Smyrnaer Bezirks ist am Montag in Konstantinopel eingetroffen. Inzwischen ist auch der Kommandant von Smyrna abgesetzt worden; er weigert sich aber, seinen Posten zu verlassen.

Portugal.

Das Zerrbild einer „sozialen Republik". Wie auch in der angeblich sozialen Republik Portugal die Regierung nichts ist als eine Schutztruppe des Kapitals gegen die Arbeiter, zeigt anschaulich ein Bericht des Lissaboner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung", in dem es heißt:

„Mit großen Gebärden hatte die neue Regierung angekündigt, daß sie das verbriefte Recht auf Arbeit mit allem Nachdruck wahren wolle. Am 21. Juni, nachdem man fünf Tage lang hin und her geredet hatte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, sollte man handeln, dieweil der unbegründete Ausstand schon 24 Tage lang gedauert hatte. Gegen 4 Uhr nachmittags setzten sich die ersten Wagen in Bewegung. Vorher ritt eine halbe Schwadron der „Guarda Republicana", mit gezückten Schlachtschwertern und Karabinern geladen auf dem Rücken, bereit, beim ersten Zeichen rücksichtslos einzuhauen. Dann kamen die Wagen. Auf jedem stand oder saß eine Anzahl Polizisten, Angestellte der Gesellschaft, Carbonarios und eine Unmenge zerlumpter Gassenjungen und anderer Kerle, die das unter den gegebenen Umständen recht zweifelhafte Vergnügen einer Freifahrt ausnutzen wollten. Den Schluß des Festzuges bildete wieder eine halbe Schwadron Kavallerie, die übrigens den ganzen Transport von allen Seiten umschwärmte. Auf den Straßen hatte sich natürlich eine große Menschenmenge angesammelt, die das Erscheinen der Elektrischen — hier „Americano" genannt, weil die Wagen aus Amerika kommen — mit gemischten Gefühlen begrüßte. Ein Teil des Volkes empfing die Wagen mit Händeklatschen, andere mit geballten Fäusten, wieder andere mit jenem unbeschreiblichen Ausdruck, als ob ihnen schon der Rücken jucke. Und nun begann die Tatkraft sich zu äußern. Wer vom Publikum die allergeringste ausstandsfreundliche Aeußerung machte, wer als Ausständiger bekannt war, und ob er sich noch so ruhig verhielt, wurde von der Polizei, der Kavallerie, den Carbonarios aus der Menge geholt, verbläut und in die Wagen gezerrt, hier auf Waffen untersucht und bis in die Nähe der nächsten Polizeiwache mitgeschleppt. Es war die reinste Hundefängerfahrt mit elektrischem Betrieb. An nahezu jeder Straßenecke gab es Zusammenstöße zwischen Volk und Militär, und nicht immer wurde nur mit der flachen Klinge eingehauen. Das Vorgehen der Polizei war roh und stand in nichts hinter dem Vorgehen dieser Körperschaft zu Zeiten der Monarchie zurück. Wie viele Personen, darunter Weiber und Kinder, verhaftet und in der Morgenstunde des nächsten Tages auf die Schiffe gebracht wurden, läßt sich nicht feststellen, da die Angaben sich widersprechen. An allen Straßenecken gab es Zusammenstöße zwischen Truppen, Polizei und Volk, bei denen natürlich hauptsächlich Unschuldige leiden mußten." Das nationalliberale Blatt ist über diese Vorgänge natürlich sehr vergnügt und meint, die Erhaltung der staatlichen Gewalt sei mit ein paar Menschenleben nicht zu teuer erkauft.

England.

Das Unterhaus hatte gestern folgende Resolution der Arbeiterpartei zu verhandeln: „Das Haus ist der Meinung, daß es ratsam wäre, daß die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiterorganisationen, die in dem gegenwärtigen Streite im Londoner Hafen verwickelt sind, zusammenkommen, um eine Lösung zu finden." Der Premierminister erklärte, daß er es dem Hause überlassen wolle, die Meinung über die Frage auszusprechen, daß er aber selbst sein Votum nicht abgeben würde. Der Führer der Unionisten Bonar Law brachte zu der Resolution ein Amendement ein, in dem es heißt, daß das Haus die Erklärungen des Premierministers billige, und daß die normale konstitutionelle Haltung der Regierung in Arbeiterstreitigkeiten die einer vollständigen Neutralität sein solle, sowie daß das Haus der Meinung sei, daß eine Intervention des Parlaments in den Streik nicht von Nutzen sein würde. Nach weiterer Debatte, in deren Verlauf Ramsay Macdonald erklärte, die Arbeiter würden zur Arbeit zurückkehren, wenn sie die Versicherung erhielten, daß ihre Beschwerden mit den Arbeitgebern besprochen würden, wurde das Amendement Bonar Laws mit 260 gegen 215 Stimmen abgelehnt und die Resolution der Arbeiterpartei mit 254 gegen 188 Stimmen angenommen.

Vereinigte Staaten.

Die Komödie ist beendet. Der demokratische Konvent hat Wilson zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Clark und Underwood hatten ihre Delegaten von der Verpflichtung, für sie zu stimmen, entbunden.

Die Entscheidung erfolgte in der 46. Abstimmung. Wilson erhielt 990 Stimmen. Die Nomination erfolgte einstimmig. Nach der Wahl herrschte der größte Freudentaumel. Die Delegierten umarmten sich vor Freude. Dieser lächerlichen Komödie waren noch erregte Szenen vorangegangen. Die Anhänger Clarks entfalteten ein Banner vor Bryan, auf dem als Motto stand: „Absolut unbestechlich und über jeden Tadel erhaben." Diese Worte hatte Bryan vor 10 Jahren von Clark, den er jetzt der Bestechlichkeit zieh, geprägt. Bryan wollte hierauf reden, der Vorsitzende verweigerte ihm jedoch das Wort. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Polizei einschritt.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 2. Juli 1912.

Der Vorsitzende Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Zum Protokollführer der Bürgerschaft wurde Rechtsanwalt Gosch mit 39 Stimmen gewählt. Die Rechtsanwälte Kreymer und Mollwo erhielten 29 resp. 2 Stimmen.

Aug. Pape: In Bürgerschaftskreisen ist auch schon besprochen worden, den Protokollführer aus den Bürgerschaftsmitgliedern zu entnehmen; bei einer Verfassungsänderung sollte man darauf Rücksicht nehmen.

Wortführer Dr. Görtz betont, daß entsprechende Neueinführungen in Fluß sind. Bei einer Verfassungsänderung würde der gewählte Protokollführer bedingungslos zurücktreten.

Der Wortführer verliest ferner eine Resolution, die vom Lehrerinnenverein, dem Verein weibl. kaufmännischer Angestellten und dem Fachverein selbständiger Schneiderinnen zugunsten der Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge gefaßt wurde.

Der deutsche Schriftverein ersucht um Einführung deutscher Typen an den Schreibmaschinen bei amtlichen Schriftstücken an Stelle der bisher üblichen lateinischen.

Senator Dr. Fehling erklärt, daß der Senat dem Wunsche der Bürgerschaft, den Kriegsteilnehmern von 1870/71, die bis 1500 Mk. Einkommen haben, die Einkommensteuer unter Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Recht zu erlassen, im Entwurf zum neuen Einkommensteuergesetz nachkomme.

1. Antrag: Änderung der Pläne für die Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses sowie Bewilligung von 23370 Mk. für Verbesserung der Betriebseinrichtungen.

Dr. Schlomer hat gegen den Antrag nichts einzuwenden, er bemängelt aber, daß beim Bau des Tuberkulosepavillons von der Verwaltung Ersparnisse am unrechten Ort gemacht werden. Die Begründung dafür sei nicht stichhaltig. Er fragt, ob hier ein Eingreifen der Landesversicherungsanstalt vorliege. Die Tuberkulosepavillons der Krankenhäuser seien nicht für neue Erkrankungen, sondern für die schweren Stadien der letzten Zeit.

Senator Strack: Herrn Dr. Schlomers Ausführungen sind richtig, aber im Laufe des Baues hat sich herausgestellt, daß die Ersparnis vorläufig gemacht werden kann. Es ist alles so ausgeführt, daß zu jeder Zeit eine Erweiterung stattfinden kann.

Dr. J. Meyer spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Der Antrag wird angenommen.

2. Antrag: Beschaffung neuer Betriebsmittel für die Straßenbahn.

Stelling: Wir stimmen dem Antrag zu; man kann es nur mit Freuden begrüßen, wenn die alten, nicht mehr der Neuzeit entsprechenden Motorwagen als Reservewagen benutzt werden, denn ins alte Eisen können sie nicht geworfen werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage an den Spezialkommissar des Senats richten, wie weit dem Beschluß der Bürgerschaft, die Straßenbahn in der Kronsforder Allee bis zum früheren Bahnübergang auszubauen, entsprochen ist. Die Anwohner der Feldstraße haben eine Eingabe an den Senat und die Bürgerschaft gerichtet, die Linie bis zur Feldstraße zu verlängern. Die Petenten sind sich darüber klar, daß eine Rentabilität nicht wie bei manchen andern Linien sofort erzielt wird, sie sind aber auch der Auffassung, daß sich die neue Linie nach Kücknitz nicht sofort rentiert und deshalb meinen sie mit Recht, daß die Verwaltungsbehörde diese Verlängerung einer Prüfung zu unterziehen habe. Hoffentlich wird diesem Wunsche entsprochen. — Vor wenigen Tagen ist in der Israelsdorfer Allee ein Unfall vorgekommen, der einem jungen Menschen das Leben kostete. Die Ursachen lassen sich nicht mehr feststellen. Ich bin überzeugt, daß der Führer schuldlos ist. Ratsam wäre es aber, auf dieser Strecke eine bessere Beleuchtung zu schaffen, denn der Mann ist nicht erst im letzten Moment auf die Schienen geraten, er mußte schon dort gelegen haben, aber der Führer konnte ihn nicht sehen. Bei ausreichender Beleuchtung hätte sich das Unglück vielleicht vermeiden lassen. Es muß alles versucht werden, um Besserung zu erzielen, vielleicht durch Vergrößerung des Reflektors, oder es müssen Laternen aufgestellt werden, um solche Unglücksfälle zu vermeiden. — Leider bin ich wieder gezwungen, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die manchem der Herren und vielleicht auch Herrn Senator Strack nicht angenehm ist. Es betrifft einen Anschlag für die Straßenbahner. Der Ukas stammt nicht vom Zaren von Rußland, auch von keinem Angestellten des Zaren, sondern vom Direktor der Lübecker Straßenbahn.

Er lautet:

Bekanntmachung.

In gegebener Veranlassung machen wir darauf aufmerksam, daß den Angestellten der Lübecker Straßenbahn jede Zugehörigkeit zu einem Verbande, wie z. B. dem Transportarbeiterverband, der Straßenbahner-Organisation und ähnlichen Verbänden untersagt ist. Die Angestellten haben durch Unterschrift des Anstellungsvertrages diese Verpflichtung ausdrücklich anerkannt. Ein Verstoß gegen dieses Verbot ist ein Vertragsbruch und wird als solcher behandelt werden, d. h. es wird sofortige Entlassung unter Verfall der Kaution erfolgen.

Lübeck, den 25. Juni 1912.

Lübecker Straßenbahn
Betriebs-Verwaltung.
Jähnke.

(Henk [Bültwisch] ruft: Sehr richtig!) Das ist der Ukas, der vor wenigen Tagen angeschlagen wurde. Er läuft auf das Koalitionsverbot hinaus. Der größte Teil von Ihnen hält das Koalitionsverbot für zulässig, weil sie Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung sind. Sie mögen ruhig versuchen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken, bezwingen können Sie diese nicht. Dem Arbeiter gebührt das gleiche Recht wie jedem andern. In jeder Gewerkschaft sehen Sie die Hydra der Revolution. Die Leiter der Gewerkschaften versuchen Kämpfe zu vermeiden, es ist leicht möglich, mit ihnen Verhandlungen anzubahnen und Streiks zu vermeiden. Schon rein menschliche und soziale Gründe sprechen also gegen das Koalitionsverbot; den Gesetzen entspricht dasselbe aber schon gar nicht. Der Senat hält diese Bestimmung für gesetzlich. Diese Auffassung ist aber irrig. Aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse hat sich hierzu eine Reihe von Rechtsanwälten und Juristen geäußert und sie sind zu dem Schluß gekommen, daß ein Koalitionsverbot für die Straßenbahner ungesetzlich ist. Die Fassung des § 152 der Gewerbeordnung besagt, daß alle Verbote und Strafbestimmungen wegen Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgehoben werden. Hiernach ist das Koalitionsverbot unzulässig. Nun sagt man, die Bestimmungen der G.-O. haben für die Straßenbahner keine Geltung. Die Gewerbeordnung spricht jedoch nur von Eisenbahnern, nicht von Straßenbahnern. Doch abgesehen davon. Im „Hamburger Fremdenblatt" ist im vorigen Jahre von einem hervorragenden Juristen ausgesprochen worden, daß der § 6 der Gewerbeordnung zwar bestimme, die Eisenbahner seien von der Gewerbeordnung ausgeschlossen. Der § 6 habe aber nur den Sinn, daß etwa bisher bestehende polizeiliche oder gesetzliche Vorschriften, die Koalitionsverbote enthielten, aufrecht zu erhalten sind. Es besteht also die Frage, ob in Lübeck solche Verbote bestehen. Hier bestehen sie nicht. Deshalb ist nach dieser Auslegung eines Hamburger Juristen hier der § 1 des Reichsvereinsgesetzes maßgebend, nach welchem die Bildung von Vereinen, die den Strafbestimmungen nicht zuwiderlaufen, und der Anschluß an sie gestattet ist. Diese Auslegung haben auch mehrere Direktionen von Straßenbahnen als rechtsgültig anerkennen müssen. Sie

hier versuchen das Gegenteil. Auch bei einer Bewegung der Magdeburger Straßenbahner haben Juristen feststellen müssen, daß unter allen Umständen die Straßenbahner das Recht der Vereinigung hätten. Hervorragende Kommentatoren wie Lothmar und Nelken erklären, ein Koalitionsverbot verstoße gegen die guten Sitten. Deshalb ist der Anschlag ungesetzlich. Es wird zwar gesagt, die Leute hätten den Vertrag selbst unterschrieben, nach dem die Zugehörigkeit zum Transportarbeiterverband verboten ist. Den Leuten wurde gesagt, sie würden sofort entlassen, wenn sie ihn nicht unterzeichneten. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Mancher wird sagen, die Leute haben ja nichts verloren. Sie gehören aber teilweise jahrelang ihrer Gewerkschaft an, die Unterstützungseinrichtungen hat, die stets weiter ausgebaut werden. Ist einer lange Jahre in der Gewerkschaft und muß dann austreten, so hat er große pekuniäre Verluste. Sie bekommen aus dem Verband mindestens 6—7 Mark wöchentliches Krankengeld, und werden sie einmal brotlos, gefällts ihnen infolge des Strafsystems nicht mehr bei der Bahn, dann kommts wohl in Frage, wenn sie bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung haben. Der Schlußsatz der Bekanntmachung hält unter keinen Umständen vor dem Gesetze stand, vor gesunder Menschenauffassung erst recht nicht. Bekommt die Leitung heraus, daß der Mann organisiert ist, geht er seiner Kaution verlustig, die er sich erhungert oder geborgt hat. Ich will den Ausdruck hierfür, der mir auf der Zunge liegt, nicht gebrauchen. Die Einbehaltung der Kaution ist überhaupt unstatthaft. Lothmar wies darauf hin, daß die Einbehaltung der Kaution nur bei Kontraktbruch ohne Einhaltung der Kündigungsfrist statthaft sei. Sowie letztere eingehalten wird, muß die Kaution ausbezahlt werden. Das Vertragsverhältnis ist damit gelöst und damit der Rechtsanspruch auf Rückzahlung der Kaution gegeben. Es ist unbedingt notwendig, daß die Verwaltungsbehörde ernstlich prüft, wie hier diese rechtlichen Verhältnisse liegen. Die „Arbeitgeber-Zeitung" selbst erkennt die Koalitionsfreiheit der Straßenbahner an, weil sie nie verboten gewesen ist. Dem sozialen Empfinden muß auch hier Rechnung getragen werden. Was hier von der Verwaltung der Straßenbahn vorgenommen wurde, ist in der Tat Gewaltpolitik, die wir niemals billigen. Wir werden dagegen Widerstand erheben, unbekümmert obs Ihnen paßt oder nicht. (Bravo! bei den Soz.)

(Schluß des Berichtes in der Beilage.)

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 3. Juli.

Die Bürgerschaft trat gestern nach einer längeren Pause endlich wieder einmal zu einer mit einer großen Tagesordnung bepackten Sitzung zusammen. Nach Vornahme der Neuwahl eines Protokollführers bemängelte Genosse Schlomer mit Recht, daß bei der Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses durch Einschränkung des Tuberkulosepavillons gespart werden solle. Durch eine Erklärung vom Senatstische wurde diese Angelegenheit zufriedenstellend erledigt. Beim Senatsantrag auf Beschaffung neuer Betriebsmittel für die Straßenbahn besprach Gen. Stelling in eingehender Rede den bedauerlichen Unfall auf der Israeldorfer Linie, wo bekanntlich kürzlich ein junger Mann tötlich verunglückte, und forderte Maßnahmen für möglichste Verhütung derartiger Unfälle, die auch vom Senatstisch zugesagt wurden. Sodann unterzog Redner einen neuerlichen Anschlag der Verwaltung auf das Koalitionsrecht der Straßenbahner einer scharfen Kritik, hierbei an der Hand von Gutachten 2c. nachweisend, daß das Vorgehen der Verwaltung ungesetzlich sei. Vom Senatstisch wurde hierauf mit leeren Redensarten geantwortet. Als unser Genosse nun die richtige Antwort gab, operierte der Senator Strack mit einer Agitationsbroschüre des Transportarbeiter-Verbandes, aus der er zusammenhanglos einige Sätze herausriß. Sodann verlas er einen Brief eines Fahrgastes, der angeblich bei der Verwaltung eingegangen ist und in dem sich der Mann, dessen Namen man vom Senatstisch wohlweislich verschwieg, darüber beschwerte, daß Stelling einen Wagenführer direkt „belästigt" habe. In scharfen Worten antwortete unser Genosse auf dieses schmutzige Verhalten des Briefschreibers. Das rief den Polizeiinspektor Lippert auf den Plan, der durch seine Ausführungen bewies, daß er seinen Beruf als Polizist nicht verfehlt hat. Er scheint es nämlich als seine Aufgabe zu betrachten, genau aufzupassen, ob ein Bürgerschaftsmitglied gelegentlich einem Wagenführer auf eine Frage Rede und Antwort steht. Die Behauptung, daß das Wechseln einiger Worte mit einem Führer den Betrieb gefährde, ist so kindisch, daß man darauf nicht näher einzugehen braucht.

Zu einer langen Debatte führte die vom Senat beantragte Änderung des Schankgewerbesteuergesetzes. Von einer Kommission waren die wirtsgewerblichen Verhältnisse eingehend geprüft und empfohlen worden, verschiedene Härten zu beseitigen und Erleichterungen für die Wirte herbeizuführen. Nach Ansicht des Senates würde bei Annahme der Kommissionsvorschläge dem Staat ein Einnahmeausfall von 25000 Mark jährlich erwachsen, während der Senatsantrag so ziemlich alles beim alten beließ. Von sozialdemokratischer Seite sprach zu der Vorlage der Genosse G. Ehlers, der zunächst unseren prinzipiellen Standpunkt — auch für das Wirtsgewerbe die volle, durch keine Konzessionserteilung erschwerte Gewerbefreiheit und Ablehnung jeder Sonderbesteuerung — darlegte und dann lebhaft die ungerechten Lasten bekämpfte, unter denen das Wirtsgewerbe zu leiden hat. Ein von ihm gestellter Verbesserungsantrag gelangte zur Annahme. Der Senat mußte schließlich noch den Schmerz erleben, daß die Kommissionsvorschläge von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit angenommen wurden, wodurch sein Antrag hinfällig war. Der Schrei des Schlachtermeisters Schober nach Einführung der Warenhaussteuer fand beim Senat ein geneigtes Ohr. Hoffentlich bleibt aber die Bürgerschaftsmajorität fest und bereitet einer solchen reaktionären Maßnahme die verdiente Absage.

Es war mittlerweile gegen 11 Uhr geworden, als die Kinematographenerdrosselungssteuer zur Beratung gelangen sollte. Der Senat hatte so lange Zeit verstreichen lassen, ohne eine Bürgerschaftsversammlung einzuberufen, und nun sollte die Sache plötzlich Eile haben. Das konnten zahlreiche Bürgerschaftsmitglieder nicht einsehen, deshalb verließen sie den Saal. Nun mußte die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden.

Der Bürgerausschuß lehnte heute den Senatsantrag betr. Ankauf des Grundstücks Mengstraße 18 und Fünfhausen 30 ab, weil der geforderte Preis zu hoch war. Angenommen wurde ein Antrag: der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, der Bürgerschaft eine Aufstellung über die vom Staat und der Stadtgemeinde Lübeck erworbenen und noch nicht unmittelbar für Staatszwecke verwandten Gebäude zu geben, aus der hervorgeht, zu welchem Preise sie erworben sind und welchen Nutzen sie erbringen. Mitgenehmigt resp. gutachtlich befürwortet wurden die Senatsanträge betr. die Änderung des Bebauungsplanes für die innere Stadt bei der Einmündung des Fünfhausens in die Mengstraße, Herstellung einer Brunnenanlage auf dem Karl-von-Großheim-Platz (5300 Mk.) und Errichtung einer Viehverkaufshalle.

Eine nette Bescherung. Dem Bürgerausschuß liegt jetzt ein Antrag des Senates vor, der verlangt, daß für das Stadttheater die große Summe von 32000 Mark auf die abgelaufene Spielzeit nachbewilligt wird. Es war ja gerade kein Geheimnis, daß das finanzielle Ergebnis der verflossenen Spielzeit sehr ungünstig sein würde. Aber an eine so hohe Nachforderung hatten doch wohl sehr wenige geglaubt. In dem bezüglichen Bericht der Theaterbehörde wird gesagt, daß der gesamte Fehlbetrag 33210,82 Mk. betrage, daß aber 1210,82 Mk. vom Direktor selbst getragen werden sollen. Damit ist aber eigentlich niemandem gedient. Als seinerzeit in der Bürgerschaft der mit Herrn Direktor Fuchs abgeschlossene Vertrag zur Erörterung stand, war es der Genosse Löwigt, welcher darauf hinwies, daß trotz aller schönen Redensarten der Theaterbehörde bei einem eventuell entstehenden Defizit die Stadt dafür aufkommen müsse. Damals betonte diesen Ausführungen gegenüber der Senator H. Evers mit Nachdruck, daß der Direktor selbst das Risiko zu tragen habe und unter keinen Umständen die Stadt noch mehr bezahlen werde. Und Herr Rechtsanwalt Fehling, von dem die Fama behauptet, daß er innerhalb der Theaterbehörde „die ganze Sache macht", setzte sich gar aufs hohe Roß und sagte, diejenigen, welche nicht daran glauben, daß der Direktor im Ernstfalle das Risiko zu übernehmen hätte, seien nicht ernst zu nehmen. Im Brustton der Überzeugung redete er der Bürgerschaft vor, „es sei dem Direktor kein Zweifel darüber gelassen worden, daß man weder die rechtliche noch die moralische Verpflichtung übernehme, falls die Kalkulation sich als falsch herausstelle, der Bürgerschaft zuzumuten, das Defizit zu decken." Das sind noch nicht ganz zwei Jahre her! Und jetzt mutet man der Bürgerschaft zu, das Defizit zu decken, obwohl nach Herrn Fehling weder eine moralische noch rechtliche Verpflichtung dafür besteht. Wen darf man wohl unter solchen Umständen nicht ernst nehmen?! Von der Theaterbehörde wird das große Defizit auf die verteuerten Lebensbedingungen, die manchen am Theaterbesuch hinderten, auf die Teilnahmlosigkeit der besitzenden Klassen und auf die verlängerte Spielzeit zurückgeführt. Das ist zweifellos richtig; nirgends wird jedoch angedeutet, wie diese Ursachen in Zukunft beseitigt werden sollen, soweit das möglich ist. Soll die Stadt denn ständig für die teilnahmslosen Besitzenden die Kosten tragen?!

Wahl des Wohnraumes in der heißen Zeit. Ungünstige Wohnungsverhältnisse beeinflussen die Kindersterblichkeit in unheilvollster Weise — besonders im heißen Sommer. Für das Gedeihen der Säuglinge ungeeignete Wohnungen sind solche, welche a) feucht, schlecht belichtet, ungenügend lüftbar und mangelhaft eingerichtet sind. (Fehlen von Jalusien, keine Vorrichtungen zum Kühlhalten der Milch, Mangel an Nebenräumen zum Waschen und Spülen.) b) im Verhältnis zur Zahl der Bewohner zu klein (übervölkert). c) verschmutzt sind. Besonders gefährlich für den Säugling während der Sommermonate sind Wohnungen, die gar nicht oder schwer durchlüftbar sind; das sind solche, in denen die Fenster nicht einander gegenüber, oder sogar nur nach einer Seite liegen. Bei schlechter Durchlüftung kühlt die Wohnung mangelhaft ab, und es tritt leicht eine Überwärmung des Säuglings ein, die zu Durchfall und Krämpfen führt. Man lüftet am besten, indem man einander gegenüberliegende Fenster, oder wenn diese sich nicht gegenüberliegen, eine ins Freie führende Tür und ein ihr gegenüberliegendes Fenster öffnet. Der Säugling muß in der heißen Zeit in das kühlste Zimmer der Wohnung gebracht werden, in dem womöglich die Fenster nach zwei entgegengesetzten Richtungen liegen (z. B. nach Süden und Norden oder nach Osten und Westen). In dem Zimmer, in dem der Säugling liegt, darf möglichst nicht gekocht, nicht gewaschen, getrocknet und gebügelt werden. Denn durch Kochen und Waschen wird die Luft noch feuchter (schwüler) und die Hitze noch gefährlicher. Auch dürfen sich in dem Zimmer nicht viele Menschen aufhalten, besonders aber nicht schlafen; es muß, wenn es draußen kühler wird, ausgiebig gelüftet werden; es schadet nicht, wenn ein richtiger „Zug" herrscht. Ist die Wohnungshitze durch nichts herabzumindern, wie z. B. in nach engen Höfen zu gelegenen Parterrewohnungen oder in Räumen hoch oben unter dem Dach, muß das Kind so viel wie möglich ins Freie gebracht werden!

Ein großes Sommerfest veranstaltet am Donnerstag und Freitag das Gewerkschaftshaus, Johannisstraße. Am Donnerstag findet ein Vokalkonzert statt, zu dem der Eintritt frei ist, während für Freitag ein großes Instrumental-Konzert mit nachfolgender italienischer Nacht und Sommernachtsball vorgesehen ist. Das Sommerfest ist weiter verbunden mit Vogelschießen und Scheibenschießen um wertvolle Preise. Es ist sicher, daß die Arrangements alle Teilnehmer am Fest voll befriedigen werden. Zahlreicher Besuch wird hoffentlich die aufgewendeten Mühen und Kosten lohnen.

R. **Schwurgericht.** Die zweite Sitzung des Schwurgerichts mußte gestern ausfallen, da der Tischler August Uckermark von hier, gegen den wegen Sittenverbrechens verhandelt werden sollte, geflüchtet ist. Hinter dem Flüchtling soll ein Steckbrief erlassen werden.

Unzutreffende auswärtige Meldungen über den beabsichtigten Besuch des Zeppelinluftschiffes „Viktoria Luise" brachten gestern die Bewohner Lübecks wieder in Erregung und die telephonischen Anfragen nach dem Zeitpunkt des Eintreffens des Luftschiffes wollten kein Ende nehmen. Wenn nun auch das Interesse für das Luftschiff sehr begreiflich zu finden ist, so entstehen doch auch andererseits durch derartige unzutreffende Meldungen Unliebsamkeiten mancher Art und wir werden daher von Herrn Möller gebeten, nochmals bekanntzugeben, daß der Tag des Eintreffens des Luftschiffes nach wie vor auf Dienstag, den 9. Juli d. J. festgesetzt ist und daß eine vorherige Landung nicht erfolgen kann. Die Versuche, den Besuch für den kommenden Sonntag anzusetzen, mußten leider aufgegeben werden, weil die Direktion sich bereits für diesen Tag verpflichtet hatte, das Luftschiff nach Oldenburg zu entsenden. Erfreulicherweise haben übrigens nahezu sämtliche Damen und Herren, welche sich für eine Fahrt am letzten Sonntage verpflichtet hatten, sich bereit erklärt, auch am Dienstag, dem 9. Juni, zu fahren, so daß die Veranstaltung als gesichert anzusehen ist. Eine Anzahl Plätze ist allerdings noch zu belegen.

Das Zeppelin-Luftschiff „Viktoria Luise" erschien heute morgen 8.25 Uhr über unserer Stadt. In sicherem, ruhigen Fluge zog es seine Bahn, die nach Osten gerichtet war und es nach Mecklenburg führte. Die Kunde von dem Erscheinen des stolzen Luftschiffes verbreitete sich schnell und zahlreiche Einwohner hatten Gelegenheit, die „Viktoria Luise" zu beobachten.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juni d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies und Handtaschen mit Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 silberne Damenuhr, 1 gold. Damenring, 1 silb. Armband, 1 silberne Brosche, 1 Busennadel, 1 Paar Ohrringe, 1 Zigaretten-Etui, 1 Kneifer, 3 Brillen, mehrere Schirme, Spazierstöcke und Hutnadeln, mehrere Damengürtel, 2 Kinderhemde, 1 Kinderschürze, 3 Vorhemde, 2 Damenkragen, 1 Paar Manschetten, 1 Umschlagetuch, 1 Kasten mit Verbandstoffen, 1 Stück Leder, 1 Mundharmonika, 1 Taschenmesser, 1 Ball, 2 Handwagen, 1 Fußluftpumpe, 1 Aschheimer und 1 Taube.

b. **Hansatheater.** Süddeutsche Gemütlichkeit strömt uns aus dem Gastspiel des Münchener Kleinen Theaters entgegen. In der ersten Nummer, dem Sketch „Das Boudoirgeheimnis" erscheint zwar das unvermeidliche Bett auf der Bühne. Aber die fesche Wienerin Carola Galster gibt sich sehr dezent beim Schlafengehen. Eine Sprachkünstlerin ersten Ranges lernten wir in der Brettheldiva Erny Crusée kennen, die zunächst ein Originalgedicht à la Rideamus mit prächtiger Mimik zum Vortrag bringt. Beim zweiten Auftreten singt sie französische Chansons, die sie dann verdeutscht. Ihre Kostüme sind tip top. Herr Direktor Dr. Quedenfeldt und Friedel Gutwill bieten zwei brillante Spielduetts. Beide sind ausgezeichnete Sänger. Die kleine Vortragssoubrette Lilly Ronay entpuppt sich als echte „Berliner Range". Der Schlußrefrain eines ihres Couplets „Ach Gott, was weiß denn jone alte Kuchenfrau", wird gar bald als geflügeltes Wort von Mund zu Mund gehen. Eine Operette, „die weiße Woche" die den zweiten Teil des Abends ausfüllte, entfesselte Lachsalven über Lachsalven. Namentlich wenn der niederbayrische Bauer und Landtagsabgeordnete — à la Josef Filser — mit seiner Bäuerin im Zuschauerraum anfängt, in echtem Dialekt zu toben und die beiden sich zur Bühne begeben, um Tietz' „Weiße Woche" zu bewundern, kommt Stimmung ins Publikum. Das Gesangs- und Tanzduett des Negerboys und der kleinen Trudel löste starken Beifall aus, trotzdem wir durch den König „Ramsenith und einen besseren habe se nich" etwas verwöhnt worden sind. Das Haus war gut besetzt und spendete reichlich Applaus.

Handelsregister. Am 1. Juli 1912 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma H. G. Rahtgens in Lübeck: W. H. Rahtgens, Kaufmann in Lübeck, ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten; 2. bei der Firma J. Fradl aus Tirol, Kiel, Zweigniederlassung Lübeck: Die Zweigniederlassung wird als Hauptgeschäft unter unveränderter Firma von dem jetzigen Inhaber, Kaufmann A. F. L. Hugo Niehoff in Lübeck, fortgeführt. Am 2. Juli ist eingetragen 1. bei der Firma Wilcken & Ahlers in Lübeck: Der Kaufmann J. J. F. Busch in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete Offene Handelsgesellschaft hat am 10. Mai 1912 begonnen. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen; 2. bei der Firma Lübcke & Röhring in Lübeck: Jetziger Inhaber: Buchhändler B. Engel in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Buchhändler B. Engel ausgeschlossen.

pb. **Diebespech.** In der Nacht zum 2. ds. Mts. ist ein im Vorgarten eines Hauses der Arnimstraße stehender Schaukasten erbrochen und die darin zur Schau gestellten Stiefel pp. gestohlen worden. Da es sich aber nur um einzelne rechte bezw. linke Stiefel handelte, so hat der Dieb einen Teil der Stiefel im Stadtpark von sich geworfen, 2 Kinderstiefel, Größe 38 und 39 fehlen noch.

pb. **Entwendeter Aschheimer.** Seit dem 28. Juni cr. ist ein vor dem Hause Schüsselbuden Nr. 30 aufgestellter Aschheimer verschwunden und vermutlich gestohlen worden. Der Aschheimer ist schwarz lackiert und war mit Deckel versehen.

pb. **Uhrendiebstahl.** In der Nacht zum 2. ds. Mts. sind aus dem Mannschaftslogis des Dampfers „Najaden" zwei silberne Herrenuhren gestohlen worden. In beiden Uhren, die mit Goldrand versehen sind, ist in der Innenseite der Deckel ein Löwe eingraviert.

b. **Eutin.** In der letzten Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm man Stellung zu der in Rensefeld stattfindenden Kreis-Generalversammlung. Beschlossen wurde, diesbezügliche Anträge bis zur Juli-Versammlung zurückzustellen. Als Delegierter wurde einstimmig Genosse Max Borchert gewählt. Das Kompromißabkommen des deutschen Parteivorstandes und ebenfalls das Abkommen betreffs der Landtagswahl wurde kritisiert und dem Delegierten mit auf den Weg gegeben, die Stellung der hiesigen Organisation zu vertreten.

Hamburg. Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich am Dienstag morgen gegen 7 Uhr in der im ersten Stockwerk des Hauses von Essenstraße 120 belegenen Wohnung des Schlachtermeisters Ohlrich. Als die Nichte des O. die Wohnstube, in der eine Gaskrone hängt, betrat, bemerkte sie einen starken Gasgeruch. Gleich darauf trat O. selbst ins Zimmer, in dem eine Stichflamme brannte. Vermutlich durch den beim Öffnen der Zimmertür hervorgerufenen scharfen Luftdruck wurde das ausströmende Gas gegen die Stichflamme getrieben und zur Explosion gebracht. Mit furchtbarem Knall zersplitterten die Fensterscheiben, während das Zimmerinventar wild durcheinander geworfen und zum Teil stark demoliert wurde. Bei der Explosion gerieten die Gardinen und einige Möbelstücke in Brand, doch gelang es den Bewohnern, die auf die Detonation in die verwüstete Wohnung geeilt waren, die Flammen schnell zu ersticken. Inzwischen hatten andere Personen schon die Feuerwehr alarmiert. Von den angerückten Zügen 5 und 19 trat nur die Mannschaft des 5. Feuerwehrzuges in Tätigkeit. Die Sanitätsfeuerwehrleute leisteten dem schwerverletzten Schlachtermeister sowie der gleichfalls schwerverletzten Nichte, die beide bedeutende Brandwunden im Gesicht, an den Händen und am Oberkörper davongetragen haben, die erste Hilfe und sorgten dann für ärztliche Behandlung.

Kiel. Ein Spion? Nach einer Blättermeldung ist in der Nacht zum Montag hier ein Mann unter Spionageverdacht verhaftet worden, der später als der frühere Techniker Ewald, aus dem Rheinland stammend, festgestellt wurde. Ewald war der Polizei schon länger aufgefallen und von ihr beobachtet worden. Angesichts des großen Belastungsmaterials legte der Verhaftete, der sowohl für England wie für Frankreich tätig war, ein umfangreiches Geständnis ab. Außer in Kiel hatte der Verhaftete sich vorher auch längere Zeit in Wilhelmshaven aufgehalten.

O Grevesmühlen. Konservative Einsicht. In einem Artikel über die Reichstagswahl in Hagenow-Grevesmühlen macht der konservative Redakteur Nasches aus Wismar folgende Ausführungen: „Es läßt sich nicht verkennen, daß die Art der Behandlung der mecklenburgischen Verfassungsfrage seitens maßgebender Kreise der mecklenburgischen Ritterschaft vielfach Befremden und Mißstimmung im Lande erregt hat, und daß manche sonst gut konservativ gerichteten Personen aus diesem Grunde liberal gewählt haben und liberal wählen . . . Nach allem muß sobald wie möglich mit den seit dem Jahre 1907 sich hinschleppenden Verfassungsverhandlungen in Mecklenburg ein Ende gemacht gemacht und eine moderne Verfassung, wie in anderen Bundesstaaten, eingeführt werden. Das ist der Wunsch selbst vieler konservativ gerichteter Kreise." Diese Einsicht kommt sehr spät! — Reichstagsstichwahl in Hagenow-Grevesmühlen. Nach dem amtlichen Wahlergebnis sind am 28. Juni von 16 593 gültigen Stimmen für Seminarlehrer Sivkovich (Fortschrittliche Volkspartei) 9439 und für Tischlermeister Vauli (kons.) 7154 Stimmen abgegeben worden.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Unser Bielefelder Parteiblatt, „die Volkswacht", konnte am 1. Juli auf ein 22jähriges Bestehen zurückblicken. Parteigeschäft und Parteipresse nahmen im Laufe der Zeit an Umfang zu, sodaß ein imposanter Bau, der drei Straßenfronten hat, errichtet wurde. Aus Anlaß der Fertigstellung dieses Um- und Neubaues erschien die „Volkswacht" am 30. Juni als 32seitige Extranummer in einer Auflage von 80 000 Exemplaren. Im Parterregeschoß des neuen Gebäudes sind die Druckerei, Buchhandlung, Buchbinderei und Geschäftsbureaus untergebracht, im ersten Stock befinden sich Hand- und Maschinensetzerei, Stereotypie und 2 Gewerkschaftsbureaus; im zweiten Stock vier Gewerkschaftsbureaus, Bezirks- und Wahlkreis-Parteisekretariat, ein Konferenzzimmer, die Redaktionsräume, eine Wohnung; der dritte Stock enthält sechs Wohnungen und im Dachgeschoß sind die Badeeinrichtungen für das Personal. Das Gebäude mit Grundstück kostet fast 250 000 Mark. Die „Volkswacht" hat heute rund 18 000 Abonnenten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Metallarbeiterstreik in Thale a. Harz. Die bürgerliche Presse verbreitet über den Metallarbeiterstreik in dem Eisenhüttenwerk in Thale a. Harz alarmierende Nachrichten. Die Streikenden sollen sich schwerer Ausschreitungen schuldig gemacht haben und 15 Rädelsführer sollen verhaftet worden sein. **In Wirklichkeit** sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen, die Polizei hat zwar einige Male unnötigerweise Ansammlungen von Neugierigen mit blanker Waffe auseinandergetrieben und einige Sistierungen vorgenommen; jedoch haben die Streikenden sich trotz der schlimmsten Provokationen zu unüberlegten Schritten nicht hinreißen lassen. Am Dienstag morgen haben weitere 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Schutz vor den Arbeitswilligen. In einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen wird die Notiz verbreitet, daß bei dem Streik der Mühlenarbeiter in Bissingen a. Enz zwischen den aus Hamburg hergeholten Arbeitswilligen und den streikenden Arbeitern ein Renkontre stattgefunden habe, bei welchem ein Teil der Beteiligten erhebliche Verletzungen erlitten habe. Diese Notiz ist unrichtig! Tatsache ist, daß die im Betrieb internierte Hintzegarde sich gegenseitig derartig vermöbelte, daß Polizei und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeitswilligen wiederholt die friedlich ihrer Pflicht obliegenden Streikposten zu provozieren versuchten und mit blauen Bohnen drohten.

Aus Nah und Fern.

Unwetter in Berlin. Gestern abend ging im Norden, Nordwesten und Nordosten von Berlin ein Unwetter nieder, wie er die Reichshauptstadt seit langem nicht zu verzeichnen gehabt hat. Zahlreiche Blitzschläge zündeten. Überschwemmungen wurden von vielen Straßen und Plätzen gemeldet, sodaß die Feuerwehr in ständiger Bewegung war. Am schlimmsten hauste das Wasser in der Schönhauser Allee. Hier stauten sich von 7 Uhr abends ab die Straßenbahnwagen. Tausende von Menschen, die ihre Wohnungen im Norden der Stadt, in Pankow und Niederschönhausen aufsuchen wollten, harrten vergeblich auf die Weiterbeförderung; sie mußten zu Fuß den Heimweg antreten. Die Zahl der Kellerüberschwemmungen ist ungeheuer. Die Hagelkörner erreichten teilweise Walnußgröße, besonders in der Gegend des Gesundbrunnens. Das Telephonkabel ist durch die durch das Erdreich dringenden Wassermengen beschädigt worden, was zu einem Kurzschluß führte und eine Aufhebung des Telephonverkehrs zur Folge hatte.

Ein schweres Unwetter ging über Hessen und Bayern nieder. Es herrschte ein gewaltiger Sturm, durch den starke Bäume entwurzelt, Zäune umgerissen, Kamine zerstört und Dächer abgedeckt wurden. In Kassel schlug der Blitz in die Telephonzentrale des Hauptpostamts ein, sodaß die Fernleitungen nach allen Richtungen auf längere Zeit unterbrochen wurden. Ferner wurden zahlreiche Feuersbrünste durch Blitzschlag aus allen Gegenden gemeldet, so namentlich aus dem Werra- und Fulda-Tal, sowie vom Meißener Gebirge.

Winterwetter in der Schweiz. Seit Montag nacht melden die Schweizer Hochstationen bis 2200 Meter Höhe kräftige Schneefälle; die Temperatur fällt unter Null. Auch die Berglagen bis 1800 Meter melden trübe Witterungsverhältnisse mit starkem Nordwestwind und sinkender Temperatur.

Todessturz einer Fliegerin. Die amerikanische Fliegerin Harriet Quimby, die sich mit einem Passagier zusammen zu einem aviatischen Meeting in der Nähe von Boston begeben wollte, stürzte aus einer Höhe von 300 Metern ab und fand nebst ihrem Passagier den Tod. Der Aeroplan war durch einen heftigen Windstoß umgekippt worden. Der Eindecker, in dem sich die Fliegerin Quimby mit ihrem Passagier Willmar befand, wurde plötzlich von einer Bö ergriffen und überschlug sich; beide stürzten heraus und fielen in die Dorchester Bucht in 5 Fuß tiefes Wasser. Die Leichen wurden später aufgefunden.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 2. Juli.

Auftrieb 4950 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 71,— bis 72,— (57,— bis 57,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 71,— (—,— bis 57,— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 72,00 bis 73,— (56,00 bis 57,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 71,— bis 72,— (55,00 bis 56,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 65,— bis 70,— (49,50 bis 53,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65,— bis 66,00 (52,00 bis 53,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 64,00 (47,00 bis 50,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Jugendausschuß.
Die Sitzung muß auf **Montag, den 8. Juli, abends 8¾ Uhr** verschoben werden. (1715

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am Sonntag, dem 30. Juni starb unser Mitglied der Kollege
Heinrich Schnell.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme an derselben nachmittags 4½ Uhr beim „Weißen Hirsch".
1719) **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die herzlichen Beweise inniger Teilnahme sowie Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes sagen wir allen unsern aufrichtigen Dank (1714
H. Teckenburg und Frau
geb. Tietgen.

Kleine hübsche saubere **Drei-Zimmer-Wohnung** mit Wasser-Klosett, abgeschlossen, zu vermieten.
1701) Fünfenbogen 3.

Zum 1. Oktober **eine Wohnung** zu vermieten.
1710) Elisabethstraße 42a.

Zu vermieten eine **Zwei-Stuben-Wohnung**
1709) Elisabethstraße 1a.

Ein möbl. Zimmer
zu vermieten
1705) Elisabethstraße 1a.

Kleine Parterrewohnung sofort oder später zu vermieten. 140 Mk.
1707) Hundestraße Nr. 1.

Gesucht zum 1. Oktober eine **2-Zimmer-Wohnung** von Leuten mit einem Kind, Hinterhaus bevorzugt. Preis 180—200 Mk. Ang. unter **H W** an die Exp. d. Bl. (1712

Junges Ehepaar sucht zum 1. Oktober eine **Zwei-Stuben-Wohnung** mit Zubehör von dem Hollhof. Angebote mit Preis unter **J S 25** an die Expedition d. Bl. (1699

Zu verkaufen **großer Bauplatz** mit großem Obst- und Gemüsegart. Ang. u. **S B** an die Exped. (1698

Eine **Lebensuhr** billig zu verkaufen, passend zum Weihfest.
1708) Näheres Wickedestraße 62.

Ein Kinderwagen
mit Gummirädern zu verkaufen.
1695) Stockender Weg 9.

Gefunden in der Hansastraße ein **Portemonnaie mit Geld.** Abzuhol. vormittags. (1709
Hansastraße 106. I.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Ausgekämmtes Haar
wird gekauft (1232
Damen-Frisier-Salon,
Breite Straße 54.

Tapeten u. Borden
in großer Auswahl.
Billigste Preise.
Marli-Drogerie
1620) **Wilh. Hohenschild**
Marlstr. 42 c. Telephon 736.

Der große Umsatz in Arbeiter-Garderoben, welchen ich seit der kurzen Zeit des Bestehens meiner Firma zu verzeichnen habe, ist ein **Beweis**, daß die **Arbeitergarderoben** von mir gut und **billig** sind. Meine Hauptpreislagen sind: (869

Leder-Hosen	2.45	2.95	3.65	4.— 4.25	4.75
Schlosser-Hosen	1.40	1.75	2.40		
Schlosser-Jacken	1.50	1.95	2.40		
Kojen	1.20	1.35	1.65	1.85	2.00 2.15
Westen . . .	1.95	2.25	2.45	2.65	

in Leder, Zwirn und Buckskin. Strohhüte 28 48 68, für Herren 78 95 115 135, Mützen 30 35 50 65 85 108 125 135 bis 225 Pfg. Arbeiter-Hemden 1.15 1.65 1.75 1.85 2.— 2.25
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von der Firma **M. Mosberg** in großer Auswahl zu Original-Preisen am Lager.
JOHANNES HOLST
Kohlmarkt 6 und Markt 6.

Gute Magnum bonum-Kartoffeln
empfiehlt (1713
C. Prestin, Fleischhauerstraße 60.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8½ Uhr
im Lokale von A. Saborowski
(Gasthof zur Linde)
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1720) **Die Distriktsleitung.**

Achtung!
Lastadiearbeiter!
Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
1718) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

General-Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quartal.
3. Abrechnung vom Sommerfest.
4. Verschiedenes.
1706) **Der Vorstand.**

Zentralverband der Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
2. Unser Streikfonds. (Extrabeiträge.)
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Alle Kameraden werden ersucht, die Versammlung zu besuchen.
1697) **Der Vorstand.**

Freie Jugend Lübecks.
Sonnabend, den 6. Juli:
Nachttour nach Reinfeld.
Sammeln 10 Uhr abends am Lindenplatz.
1716) **Der Jugendausschuß.**

Deutscher Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
Sektions-Versammlung der Hausdiener und Fensterputzer
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8¾ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52
Tagesordnung:
1. Was sind wir unserer Organisation schuldig?
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen bittet
1700) **Der Sektionsleiter.**
NB. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Transportarbeiter.
Schwartau u. Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
1717) **Der Vorstand.**

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
103) Ende 12 Uhr.

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mein Geschäft am 1. Juli von der Fleischhauerstraße nach
St. Johannis Nr. 22,
gegenüber der Haupt-Feuerwache, verlege. (1711
Ich bitte, mir auch fernerhin Ihr Vertrauen zu bewahren und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.
Hochachtungsvoll
Friedr. Beuch, Tischlermeister.
Fernruf 3106. Bank-Konto: Handel und Gewerbe.

Trinkt Buntekuh-Kümmel
1703) Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Mittwoch: Tanzkränzchen. (1702) **W. Kel.**

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
Morgen Donnerstag:
Sommer-Fest
Vokal-Konzert
abends 9 Uhr.
: Vogelschiessen :
Scheibenschiessen
ab 4 Uhr. (1696
Entree frei. Entree frei.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 153. Mittwoch, den 3. Juli 1912. 19. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Senator Strack: Die betreffende Strecke wird wohl bald in Angriff genommen werden, die Lübeck-Büchener Bahn ist bereit, einen Teil der Kosten zu tragen. Ob ein weiterer Ausbau möglich ist, wird geprüft werden. Um Unglücksfälle zu verhüten, wird alles getan werden. Es ist ein ganz außerordentliches Vorkommnis, das zu bedauern ist, aber nicht zu verhüten war. Den Angriff Stellings habe ich erwartet; denn wir haben am 1. Juli eine allgemeine Lohnaufbesserung für das Fahrpersonal eintreten lassen, und dieser gute Eindruck muß natürlich verwischt werden. In der Johannisstraße wird in neuester Zeit wieder stark agitiert, sodaß den Angestellten ein Ultimatum gestellt werden müßte.

Senator Dr. Fehling betont, daß eine Prüfung der Rechtsfragen nicht notwendig sei, bittet aber Herrn Stelling um Überlassung seines Materials.

Neuner kommt auf die Bauart der Straßenbahnwagen zu sprechen und wünscht möglichst vierachsige Wagen eingeführt. Von Schwartau sollte der erste Wagen früher abgehen. Der Abendwagen 8,10 Uhr von Lübeck müßte um fünf Minuten später verlegt werden.

Senator Strack: Um Unfälle zu vermeiden, muß vor allem ein möglichst großer Bremsweg bis zu den Rädern geschaffen werden. Die Zahl der eigentlich überfahrenen bei den Straßenbahnen ist erstaunlich klein. Die Wagen nach Schwartau sind nach neuem System gebaut und bewähren sich vorzüglich, sie sind auch erheblich billiger als die vierachsigen, die nur dann eingeführt werden können, wenn sich eine bedeutend größere Bauart als notwendig herausstellen sollte. Die Frage nach Spezialschülerwagen wurde ebenfalls geprüft.

Neuner wünscht vor allem ein Verbot der Unterhaltung auf dem Wagenperron auch für die Fahrgäste.

Albers bringt Beschwerden bei der Haltestelle der Südseite des Marktes vor und wünscht diese nach der Nordseite verlegt.

Vom Senatstische wird Erwägung zugesichert.

Stelling wendet sich gegen Senator Dr. Fehling, der glaube, die Rechtsfragen seien genügend erörtert. Von Entscheidungen der höchsten Instanz, die ein Koalitionsverbot der Straßenbahner in sich bergen, ist mir nichts bekannt. Senator Fehling ist gleichfalls damit einverstanden, daß den Straßenbahnern das Recht der Koalition genommen wurde. Um neuere Rechtsauffassungen kümmere er sich nicht. Die Herren Juristen müssen aber auch umlernen, auch diejenigen, die in der Justizkommission des Senats sitzen. Gerade die, weil das Recht vorwärts schreitet und neue Rechtsauffassungen sich geltend machen. Wenn selbst die „Arbeitgeber-Zeitung" das Koalitionsverbot für die Straßenbahner ungesetzlich hält, also ein Blatt, das gewiß das Gegenteil behaupten würde, wenn es dies könnte, muß im Interesse Lübecks das Verbot aufgehoben werden. Ich will Herrn Senator Strack das Leben gewiß nicht schwer machen. Ebensogut könnte ich behaupten, die Behörde macht uns das Leben schwer. (Gr. Heiterkeit.) Sie braucht uns nur das Koalitionsrecht zu geben und wir sind beinahe ein Herz und eine Seele. Es wurde ferner ausgeführt, daß es traurig sei, wenn auf diese Weise vorgegangen werde. Wir können dem frühere Verhältnisse entgegenstellen. Da ging es doch sehr gut, als die Bahn noch nicht verstaatlicht war. Dort drehte sich allerdings die Frage nicht um Organisierung. Es liegt uns fern, das Verhältnis zwischen Behörde und Angestellten zu stören, wir wünschen ein gutes und friedliches. Wie der Senat zu der komischen Auffassung gelangt, wir wollten den Eindruck der Lohnerhöhung für das Fahrpersonal verwischen, weiß ich nicht. Gewiß ist mancher Wunsch der Angestellten in Erfüllung gegangen, und auch wir wissen, daß nicht alle Ansprüche auf einmal erfüllt werden können. Wir wollen nichts verwischen, wir wollen aber auch nicht, daß den Straßenbahnern ein Recht genommen wird. Darum handelt es sich, die Leute sollen nicht zu Menschen zweiter Klasse gestempelt werden. Wie wäre es denn, wenn hier wie in anderen Städten gelbe Organisationen ins Leben gerufen würden. Ich wäre neugierig darauf, ob Ihre Ansicht dann auch Geltung hätte. Direktor Jähnke erklärte mir einmal, er wäre nicht abgeneigt, einem solchen lokalen Zusammenschluß das Wort zu reden, er würde dann selbst Mitglied werden. Dem Transportarbeiterverband aber sollten die Leute nicht beitreten. Das Vorgehen der Behörde ist nicht gerecht und nicht gesetzlich. (Bravo b. d. Soz.)

Senator Dr. Fehling: Wir halten uns an das bisherige Recht, bis wir das neue geprüft haben.

Senator Strack kritisiert eine vom Deutschen Transportarbeiterverband für die Straßenbahner herausgegebene Broschüre, die auch ihm zugestellt worden sei; es seien geradezu Sätze darin enthalten, die von Gemeinheit zeugten. Die Broschüre weist auf die Verbandsstelle in der Johannisstraße hin. Redner verliest ferner einen ihm zugegangenen Brief, nach dem Stelling einem Wagenführer während des Dienstes so scharf auf den Leib gerückt sei, und ihn derart belästigt habe, daß dieser kaum seinen Dienst verrichten konnte.

Stelling: Der Senator Strack hat einzelne Sätze der Broschüre aus dem Zusammenhang gerissen, da hört sich's natürlich anders an, als wenn der ganze Satz verlesen wird. Ich kenne selbstredend die Broschüre, (Lachen b. d. Bürgerlichen), ich habe sie aber erst nach der Verteilung gelesen. Die vom Senat angeführte Adresse ist nicht die meine, sondern diejenige vom Transportarbeiterverband. Ich will noch hinzufügen, daß das, was in der Einleitung geschrieben ist, nicht nur in unseren Flugschriften, sondern auch bei den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften wiederkehrt. Wenn Sie Beweise dafür wollen, könnnen wir Ihnen diese erbringen. Hier erklärt sich der Kontrast zwischen Kapital und Arbeit, wird gezeigt, daß auf der einen Seite Leute ausgebeutet werden und auf der andern Seite Leute stehen, die von der Arbeit anderer Leben. (Zuruf Henk: Nicht wahr!) Mit Ihnen zu streiten hat keinen Zweck. Dann ist mit Pathos der Satz in der Broschüre von der Mitarbeit der Frauen verlesen worden. Ich möchte Herrn Senator Strack bitten, bei den hiesigen Straßenbahnern anzufragen, welche Frauen von ihnen erwerbstätig sind. Es ist eine große Zahl. Auch von Senator Strack sollte man erwarten, daß er zugibt, daß das Familienleben zerstörend wirkt, wenn Frauen mitschaffen müssen. Uns Sozialdemokraten wird dann vorgeworfen, wir zerstörten das Familienleben. Was wollen die Leute mit 24 Mk. Wochenlohn machen, und selbst den haben noch nicht alle, denn die Feiertage werden abgezogen. Ich halte wie gesagt aufrecht, daß derjenige, dem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, dafür sorgen muß, daß die Frau im Hause tätig sein kann. Es gibt bei der Straßenbahn noch Leute, die unter 24 Mk. verdienen. Die Frauen, die solche Männer haben, müssen eben mitarbeiten. Die Straßenbahnerarbeit reibt die Nerven auf. — Der Senator bezog sich auf ein Schreiben, nach welchem ich mich am 8. Mai in auffälliger Weise in der Königstraße an den Führer eines Straßenbahnwagens herangemacht haben soll. Ich wundere mich nur, daß nicht noch angeführt ist, ich hätte den Mann bedroht. Ich verlange, daß mir der Name des Briefschreibers genannt wird, damit ich mir den Bruder kaufen kann, der so vorgeht. Ich weiß selbst, wie ich mich zu bewegen habe. Mit den Straßenbahnern rede ich am wenigsten, schon aus dem Grunde, weil die Leute Nachteile davon haben. Und wenn wir reden, dann über Familien- und sonstige nebensächliche Sachen. Es sind Spione am Werke, die die Straßenbahner beobachten. Wenn jemand die Frechheit besitzt, ein solches Schreiben an die Direktion zu senden und dieses wird hier in aller Öffentlichkeit verlesen, dann muß der Name unbedingt genannt werden, sonst ist dieser Bursche ein elender Verleumder.

Thiele bringt einen Fall vor, wo ein Schaffner den Fahrschein verkehrt abgeknipst hatte, und darauf hin sollte der Fahrgast noch einmal 10 Pfg. nachzahlen. Auf Protest wurde ihm anempfohlen, am anderen Tage die 10 Pfg. aus dem Bureau abzuholen. Man sollte nicht so rigoros vorgehen.

Senator Strack: Die Fälle sind nicht vereinzelt, wo falsche Fahrscheine abgegeben werden. Große Vorsicht ist daher notwendig.

Henk (Bültwisch) kann nicht begreifen, daß der Mann so viel verdienen soll, damit die Frau nicht auch noch mit zu schaffen brauche. Danach müßten alle Landwirte Unterstützung haben. Arbeiten sei doch keine Schande.

Lippert behauptet, daß Stelling sich häufig eingehend mit den Wagenführern unterhalte und legt Stelling ans Herz, solche Gespräche im Interesse der Betriebssicherheit zu unterlassen.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

3. Antrag: Kaufangebot des Kaufmannes Julius Eisleben für das Grundstück Braunstraße 32.

Der Senatsantrag wird debattelos angenommen.

4. Antrag: Nachtrag zum Schankgewerbesteuergesetz.

Dr. Ihde, als Referent der Kommission, erläutert den erstatteten Kommissionsbericht. Die Kommission habe nach ihrer Auffassung festgestellt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Wirtsgewerbe traurig seien und dringend einer Besserung bedürfen. Das Ziffernmaterial bei Zwangsversteigerungen würde diese Auffassung klar beweisen. Die Hauptursache an dieser Sachlage liege außerhalb des Gesetzes. Eine große Nachfrage nach Wirtschaften bilde mit einen Grund, weiter, daß viele, die eine Wirtschaft erwerben, gar nicht in der Lage sind, richtig ihren Betrieb zu berechnen. Die Konzessionserteilung und steuerliche Belastung der Wirte bedürfen einer Änderung, insbesondere müsse eine Steuererleichterung eintreten, wenn der Wirtestand nicht ruiniert werden soll. Die Konzessionen würden zu leicht vergeben. Herr Babendererde habe schon hervorgehoben, daß die Wirtschaften sich, wenn nicht der Zahl, so doch der Größe nach vermehrt hätten. Bauspekulanten und Bauherren ringen um die Konzessionierung und treiben einen Handel damit. Das Polizeiamt sei nicht in der Lage, im Rahmen der Gesetzgebung eine Einschränkung vorzunehmen, denn eine Preissteigerung führt eine solche Konzession stets mit sich und reißt den Unkundigen in eine schiefe Geschäftslage. Das Polizeiamt müßte auch die Rentabilität in Betracht ziehen und nicht nur die Bedürfnisfrage in den Vordergrund stellen. Die Rentabilitätsfrage gibt erst eine rechte Grundlage für das Unternehmen. Die Kommission hält vor allem aber die steuerliche Belastung des Wirtsgewerbes für zu groß. Die Steuerbehörde hat uns eine spezialisierte Anlage über das Einkommen wohl gegeben, leider aber die Namen nicht genannt und so etwas Unvollständiges geschaffen. Das ist zu bedauern, denn die Steuerbehörde gibt doch bei kleinsten Beleidigungsklagen dem Schöffengericht Auskunft. Von der Kommission wird die Berechtigung der Betriebssteuer bejaht, sie empfiehlt jedoch eine Erleichterung dieser Abgabe. In das Gesetz müssen feste Grundsätze bezüglich der Abgabe aufgenommen werden. In Anlehnung an das preußische Gesetz schlagen wir vor, die Abgabe nach dem Ertrag und dem Umsatz zu bemessen. Die Gewerbesteuer bis zum Betrag von 10 000 Mk. sollte aus Billigkeitsgründen auf die Betriebssteuer angerechnet werden. Freilich kann man diese genannte Summe beliebig verschieben. Bei einem geringen Ertrag kann ein großer Umsatz erzielt werden; bei einer Steuerverschiebung, wie wir sie empfehlen, würden etwa 12—13 000 Mk. Ausfall zu verzeichnen sein. Redner ersucht, dem Senatsantrag nicht zu folgen, dessen Verbesserungen nicht ins Gewicht fielen, und empfiehlt den Kommissionsvorschlag anzunehmen. (Bravo!)

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nun, Kapitän Sorensen," sprach Bunker, der einen Gruß offenbar für überflüssig hielt, „ich kann Ihnen heute wieder Arbeit für Ihre Tochter anbieten. Das heißt nur, wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben, Ihre Verhältnisse gestatten es Ihnen ja, wählerisch zu sein. Ha, ha!" Er lachte spöttisch und blickte mit der ganzen Verachtung um sich, die der Inhaber eines Bankguthabens für einen Mann empfindet, der keins hat und in einem Armenhaus lebt.

„Welcher Art ist die Arbeit?" fragte der Angeredete und erhob sich, als er Angela in der Tür erscheinen sah, um ihr einen Stuhl anzubieten. Angela sah eine vom Alter noch nicht gebeugte, hohe Gestalt mit blauen Augen und einem rosigen, jung anmutenden Gesicht, die sich einer gewählten Sprache bediente und über gute Manieren verfügte. „Hat vielleicht dieses Fräulein die Arbeit zu vergeben, Herr Bunker?"

„Ganz recht," entgegnete der Agent. „Fräulein Kennedy, dies ist die junge Person, von der ich Ihnen erzählt habe. Diese Dame" — und er deutete auf Angela — „möchte sich als Schneiderin selbständig machen, hat von mir ein Haus gemietet und sucht jetzt Arbeiterinnen, um mit dem Geschäft anzufangen. Auf Grund meiner Empfehlung kommt sie zu Ihnen, Kapitän Sorensen."

„Wir sind Ihnen für die Empfehlung sehr verbunden, Herr Bunker."

Das Mädchen hatte sich von seinem Stuhl erhoben und blickte, mit seiner Arbeit in der Hand, offenbar etwas eingeschüchtert, unverwandt auf Angela, die so ganz anders aussah, als alle Schneiderinnen, die es bisher gekannt hatte. Nun schaute Angela die junge Schneiderin an und sah, daß diese etwa neunzehn Jahre alt, groß, ziemlich mager, dabei aber auffallend hübsch war. Sie sah nicht kräftig aus; ihre Wangen waren leicht gerötet, ihre Augen blau wie die ihres Vaters und ihre blonden Haare gelockt, obgleich sie sie glatt zu kämmen suchte. Wie die meisten Mädchen ihres Standes, trug sie ein einfaches schwarzes Kleid.

Angela ergriff ihre Hand. „Ich bin überzeugt", sprach sie freundlich, „daß wir gute Freundinnen sein werden."

„Freundinnen!" rief Herr Bunker ganz bestürzt aus. „Aber sie soll für Sie arbeiten! Wie kann eine Arbeiterin Ihre Freundin werden?"

„Vielleicht", sprach das Mädchen, das durch Bunkers Bemerkung völlig niedergeschmettert schien. „Möchten Sie einige Muster sehen, die ich angefertigt habe", und sie breitete die Erzeugnisse ihres Fleißes und ihrer Geschicklichkeit auf dem Tische aus.

„Schönes Wetter heute, Kapitän," wendete sich Bunker mit herablassender Miene an diesen, wie wenn es eine besondere Gunst Gottes sei, seine Sonne auch über ein Armenhaus scheinen zu lassen, „für dieses schöne Wetter sollten alle dankbar sein, insbesondere aber diejenigen, die in ihrer Jugend nicht ans Sparen dachten und jetzt gleichwohl auf ihre alten Tage mit einem trockenen, warmen Quartier versorgt sind."

„Jeder Mensch ist für schönes Wetter dankbar, Herr Bunker," war des Kapitäns ruhige Antwort auf die herausfordernde Bemerkung des Agenten.

„Herr Bunker —" Angela wies mit gebieterischer Handbewegung auf die Tür — „Sie haben meinen Auftrag ausgeführt und können jetzt gehen."

Das Blut stieg Bunker ins Gesicht. Hatte er recht gehört. Er, Bunker, sollte gehen? Er sollte sich von einer kleinen Schneiderin sagen lassen, daß er gehen könne?

„Wenn die Dame meine Tochter annimmt, Herr Bunker," sprach Kapitän Sorensen, „so will ich versuchen, Ihnen die Vermittelungsgebühr von fünf Schillingen in nächster Woche zu zahlen."

„Fünf Schillinge?" rief Angela erstaunt aus. „Aber ich habe ihm erst vorhin fünf Schillinge für seine Empfehlung gegeben."

Herr Bunker hielt es nicht für angezeigt, zu erklären, daß es zu seinen Geschäftsregeln gehörte, sich von jeder Seite fünf Schillinge zahlen zu lassen, sondern entfernte sich hastig ohne Abschied.

„Wie ist Ihr Name, meine Liebe," fragte Angela freundlich, ohne die vor ihr ausgebreiteten Arbeiten in Augenschein zu nehmen. Es wunderte sie, eine so zarte Blume in Whitechapel zu finden.

„Mein Name ist Ellen," entgegnete das Mädchen.

„Ich nenne sie nur Nelly," entgegnete der Vater, „und sie ist eine gute Tochter. Aber wollen Sie nicht Platz nehmen, Fräulein Kennedy?"

Angela setzte sich und erklärte dann, zum Kapitän redend, aber seine Tochter anblickend, den Zweck ihres Kommens, daß sie sich nämlich als Schneiderin selbständig machen wolle, daß sie gute Aussichten auf Erfolg habe und sogar auf Bestellungen aus dem Londoner Westend rechnen dürfe, daß sie, von einigen Annehmlichkeiten abgesehen, über die sie später noch Näheres mitteilen werde, bereit sei, den üblichen Lohn zu zahlen und daß, wenn Kapitän Sorensen damit einverstanden wäre, seine Tochter sich von jenem Augenblick an als engagiert betrachten könne.

„Ich habe bisher nur als einfache Näherin gearbeitet," gestand Nelly. „Aber wenn Sie es mit mir als Zuschneiderin versuchen wollen — o, Vater, denke dir, der Wochenlohn beträgt sechzehn Schillinge!"

Angela empfand einen Druck um das Herz. Ein armseliger Wochenlohn von sechzehn Schillingen — und doch machte schon die Aussicht auf ihn dieses Mädchen überaus glücklich!

„Sind Sie einverstanden, Kapitän Sorensen, oder verlangen Sie vielleicht auch, wie der Herr Bunker, Referenzen? Ich bin die Enkelin eines Mannes, der in Whitechapel geboren wurde und es hier zu einem kleinen Vermögen brachte, das er mir hinterließ. Wollen Sie mir Ihr Kind anvertrauen?"

„Sie sind die erste Person," entgegnete Kapitän Sorensen, „die hier, wo die Nachfrage nach Arbeit das Angebot weit übersteigt, die Annahme einer von ihr angebotenen Stellung als eine Gefälligkeit betrachtet."

„Ich suche anständige, nette Mädchen," entgegnete Angela, „denen ich Kameradin und Freundin sein möchte."

„Sie wollen Ihre Arbeiterinnen als Kameradinnen und Freundinnen behandeln, Fräulein Kennedy!" rief Kapitän Sorensen aus. „Das wird schwer gehen. Wenn Herr Bunker Sie hörte, würde er Ihnen klipp und klar beweisen, daß man mit solchen Arbeitsmethoden in Whitechapel nicht weit kommt. Hier heißt es, wie Herr Bunker zu sagen pflegt, entweder — oder. Man nimmt entweder die Arbeit oder man nimmt sie nicht, und dann sind Tausende da, die sie nur zu freudig nehmen. Aber es ist sehr gut von Ihnen, den Versuch zu unternehmen, und ich bin überzeugt, daß Sie nicht schelten und zur Arbeit antreiben werden, wie die meisten Arbeitgeber.

„Sie haben, wie ich höre, Herrn Bunker beleidigt, bemerkte Angela, „indem Sie eine Ihrer Tochter von ihm angebotene Stelle ablehnten."

„Ja, das stimmt, und Gott allein weiß, ob ich recht handelte. Wir würden nicht hier sein, wenn wir nicht so schrecklich arm wären. Aber mein Blut kochte, als ich von dem Charakter des Mannes hörte, für den meine Nelly arbeiten sollte. Nein, ich konnte sie nicht gehen lassen. Sie ist alles, was ich auf der Welt besitze, Fräulein Kennedy" — der alte Mann zog seine Tochter zu sich und legte seinen Arm um sie, „und wenn Sie sie annehmen und gut behandeln wollen, so wird ein alter Mann, der nicht mehr lange zu leben hat, Sie täglich in sein Gebet einschließen."

(Fortsetzung folgt.)

Senator Dr. Fehling weist auf den Bericht des Finanzdepartements hin, der vor einem neuen Ausfall von 25 000 Mk. warne. Würde dieser Ausfall beschlossen, wären wir gezwungen, zu dem Zuschlag zur Einkommensteuer noch einen neuen zu schlagen, denn andere Einnahmen ständen nicht bevor.

Senator Dr. Neumann bezweifelt die traurige Lage des Wirtestandes. Der Mißstand liege darin, daß die Bewerber viel zu wenig Kapital aufweisen und so von den Lieferanten abhängig seien. Die meisten Bewerber könnten den Wert der Konzession nicht schätzen und zahlten sie zu hoch. Auch der Bedarf an geistigen Getränken habe sich in den letzten zwanzig Jahren vermindert, gerade im Arbeiterstande sei ein Minderverbrauch bemerkbar. Darin liege auch ein Grund mit, daß das Wirtsgewerbe etwas beeinträchtigt würde. In den letzten 3½ Jahren seien nur acht Schankneukonzessionen erteilt worden. Das Polizeiamt habe den Wunsch, die Wirtschaften nicht zu vermehren, im Gegenteil sei es bestrebt, alte, schwach rentable oder gar nicht mehr rentierende eingehen zu lassen. Im Interesse der Hypotheken könne darin nur sehr vorsichtig vorgegangen werden. Von 393 Wirtschaften würden nur 93 zur Schankgewerbe- und Betriebssteuer herangezogen. Eine Erleichterung der Lustbarkeitssteuer könne eventuell eintreten, trotzdem diese Steuer vom Wirt nicht getragen zu werden brauche; sie könne, wenn sich die Wirte zur Solidarität verpflichten, auf das Publikum abgewälzt werden. Aber unter den Wirten gebe es eben auch kluge Leute, die den Konkurrenten schlagen wollten. Sie müßten sich zu einer kompakten Masse organisieren, wenn sie Erfolg haben wollten. Bei Einführung einer Billettsteuer müßten die Wirte wieder versuchen, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Ist sich der Wirtestand in der Übertragung der Steuer auf das Publikum einig, wird es ihm auch wieder besser ergehen. Bei den abgelehnten Konzessionen konnte man nachweisen, daß 11 zu Spekulationszwecken nachgesucht wurden. Vorsichtig muß in solchen Fällen immerhin erfahren werden. Ob sich einer zum Wirt eignet, kann die Behörde nicht prüfen, denn wir haben die Gewerbefreiheit, die jedem das Gewerbe gestattet. Auch die Rentabilitätsberechnung kann nicht herangezogen werden, sie hängt von zu vielen verschiedenen Umständen ab. Dem einen mit Kapital oder mit besonders hervorstechenden persönlichen Eigenschaften gelingts, einen Betrieb hochzubringen, dem andern wieder nicht. Das Gesetz kann darauf keine Rücksicht nehmen. Zweifelhaft ist auch, ob alle Wirte eine tadellose Buchführung schaffen können. Heute sind die tatsächlichen Verhältnisse im Wirtsgewerbe weit davon entfernt, jeden Augenblick den Ertrag zu ersehen. Selbst bei Leuten, von denen mans nicht erwarten sollte, haperts in dieser Beziehung. Die Wirte haben eine Änderung unserer Einschätzung nicht gewünscht. Soll die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Betriebssteuer bis zum Betrage von 10 000 Mk. erfolgen, bleiben nur 16 Wirte übrig, die zu beiden Steuern herangezogen werden können. In den Wirtschaften steht Ertrag und Umsatz fast völlig gleich. Die Höhe der Steuer im Betrage von 30 Mk. in der ersten Klasse kann unbedingt festgehalten werden, sie besteht schon seit 40 Jahren; man sollte es überhaupt beim alten belassen und von der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Betriebssteuer absehen.

G. Ehlers: Was lange währt, wird endlich gut, sagt man gewöhnlich, hier tritt jedoch das Gegenteil ein. Am 17. Dezember 1910 kam die Vorlage betreffend die Gewerbesteuer, im Jahre 1911 der Kommissionsbericht und jetzt im Juli 1912 erfahren wir das Resultat. Im ganzen Gesetzentwurf ist fast nichts weiter geändert, als das Wort Gewerbesteuer in Betriebssteuer umgewandelt. Der Senat erwähnte, daß ein Ausfall von 25 000 Mk. zu erwarten wäre, der durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer aufgebracht werden müßte. Wenn bei allen Vorlagen, die einen Gewerbestand betreffen, solche Gründe ins Feld geführt werden, kriegen wir überhaupt keine Vorlage mehr fertig. Würde der Senat überall so denken, könnten wir auch anderweitig viel Geld sparen. Das Wirtsgewerbe müßte nach unserer Auffassung ein freies Gewerbe sein wie jedes andere. Jeder Handwerksmeister muß sich eine Konkurrenz gefallen lassen. Wenn Sie von diesem Grundsatz ausgehen würden, wären alle diese Debatten überflüssig. Eines will ich besonders erwähnen: den Wirtestand sollte man nicht an der äußeren Erscheinung des Inhabers beurteilen, denn sonst käme man meistens in die Lage sagen zu müssen, der Betrieb rentiert sich. Das ist vielfach nicht der Fall, weil ganz andere Gründe mitsprechen. Der Wirtestand ist in einer schlechteren Lage, als zu den Zeiten, die der Senat angeführt hat. Ich habe es schon bei der Budgetberatung widerlegt und erklärt, daß die Betriebe andere geworden sind. Vergleichen sie die Wirtschaften Lübecks in den 70er und 80er Jahren mit den heutigen. Es ist ein Unterschied wie Himmel und Hölle. Die großen Betriebe in der Stadt wie Hodemann, Opera, Rathaushalle usw., wo das Publikum hauptsächlich Sonnabends und Sonntags verkehrt, wiegen mindestens 30 Wirtschaften von früher auf. Deshalb darf die Regierung nicht kommen und sagen, die Zahl sei kleiner geworden. Die Umsatzmöglichkeit hat sich doch bedeutend gesteigert. Herr Babendererde beurteilt die Wirtschaften ganz verkehrt. Es ist doch garnicht notwendig, daß jeder Wirt mit 40 000 Mk. Kapital arbeiten muß. Hier sind viele Wirte, die ohne Kapital ein gutes Geschäft besitzen. Sie können eben Einnahme und Ausgabe abwägen und so einen kleinen Verdienst erzielen. Auswüchse im Gastwirtsgewerbe kommen natürlich vor, leichtsinnig veranlagte Personen sollten das Gewerbe nicht übernehmen. Durch sie werden viele Lieferanten in Mitleidenschaft gezogen, die zum Teil auch selbst daran schuld haben, weil sie die Waren den Leuten aufdrängen. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Gastwirtschaften das würden, was sie sein sollten: ein angenehmer Aufenthalt, um Erfrischungen einzunehmen und nicht, wie das auch vorkommt, Spielhöllen und Räume für unlauteres Liebesleben. Vor allem müssen die kleinen Abgaben, die den Gastwirt so sehr belasten, in Lübeck verschwinden. Wenn die Konzessionsgebühr und die Betriebssteuer bezahlt sind, sollten die weiteren Abgaben nicht mehr erhoben werden. Die Abwälzung, wie sie der Senat anführte, kann wohl bei Tanzlustbarkeiten usw. geschehen, bei kleinen Gastwirten ist sie unmöglich. Die meisten Lübecker Wirtschaften sind kleinere Betriebe, die für Klavier- oder Grammophonspiel noch besonders Steuer erlegen müssen. Sie veranstalten die Unterhaltungen aber nur, um den Gästen etwas zu bieten und können nichts abwälzen. Für einen Musikautomaten müssen 12 Mk. und für ein Klavier 36 Mk. entrichtet werden. Dieser Betrag müßte doch in der Konzessions- und Betriebssteuer enthalten sein. Wäre dies Selbstzweck, wärs eine andere Sache, so ists jedoch nur Mittel zum Zweck. Eine ungeheuerliche Bestimmung ist auch, wenn für einen Preisskat 3 bis 30 Mk. Abgaben entrichtet werden müssen. Hierbei verdient der Wirt doch nichts, er unternimmt so etwas nur, um einen größeren Gästekreis zusammenzuziehen. Durch den Wegfall dieser kleinen Gebühren könnte die Behörde den kleinen Gastwirten eine bedeutende Erleichterung schaffen. Was Herr Babendererde über den Wirtebetrieb ausgeführt hat, ist im allgemeinen nicht richtig. Er meint, der Wirt müsse drei Jahre im Ausland tätig gewesen sein und drei fremde Sprachen beherrschen. Hier in Lübeck führen mehr als 90 Proz. Arbeiter die Wirtschaften, und unter denen sind die meisten ohne eine derartige Vorbildung ganz gute Wirte geworden. Dagegen hat sich herausgestellt, daß mitunter Kellner die ungeeignetsten Leute zur Führung einer Wirtschaft sind. Die Wirte sollen nur die Leute kennen und den Verkehr unter den Gästen vernünftig aufrecht erhalten und vor allem darauf achten, daß die Wirtschaft anständig geführt wird. — Bezüglich der Art der Steuerentrichtung stelle ich den Antrag, „sie in vierteljährlichen Raten zu bezahlen. Wird der Betrieb im Laufe des Jahres von einer anderen Personen übernommen, so ist nur noch die unbezahlte Restsumme zu begleichen." Es ist einfach nicht richtig, wenn am 1. Januar und 1. Juli je dreißig Mark bezahlt sind und ein anderer bei Übernahme am 1. Oktober noch einmal 60 Mk. bezahlen soll. Dieser Auffassung muß jeder zustimmen. Ich ersuche Sie, wenigstens dem Kommissionsantrag zuzustimmen, und dadurch dem Wirtsgewerbe die Lasten zu nehmen, die nicht mehr so getragen werden können wie vor 20 Jahren. Die Waren sind teurer geworden, der Verkaufspreis in der Wirtschaft blieb aber auf der alten Höhe, die Konsumenten jedoch haben sich mit Recht gesträubt, erhöhte Preise zu zahlen. Deshalb verdienen die Wirte die Ermäßigung der von ihnen zu tragenden Lasten. (Bravo! bei den Soz.)

Senator Vermehren glaubt, es wäre für die Kommission wohl angenehmer gewesen, die Namen der Wirte zu erfahren, aber die Steuerbehörde sei nicht in der Lage gewesen, von 393 Wirten eine steuerliche Detaillierung zu geben. Der Hauptgrund der ganzen Frage sei, ob die Gewerbesteuer auf die Betriebssteuer angewendet werden soll. Unser bisher geübtes Veranlagungsverfahren verdiene jedoch den Vorzug. Man würde den Wirten auch keinen großen Gefallen tun, wenn man dem Kommissionsvorschlag folgen würde. Ein Grund liege nicht vor, dem Wirte, der einen Ertrag von über 3000 Mk. erziele, die Gewerbesteuer zu erlassen, währenddem der andere Gewerbestand sie bezahlen soll. Wolle man dem Wirtestand nützen, müsse die Senatsvorlage verabschiedet werden.

Senator Dr. Neumann erklärt, daß das Polizeiamt nicht in der Lage sei, über den Rahmen des Gesetzes hinaus auf die sittliche Qualität des Konzessionssuchenden einzuwirken. Eine Prüfung verdiene der Ehlerssche Antrag, die schon bezahlte Konzession dem neu übernehmenden Wirt anzurechnen, nicht aber könne man auf vierteljährliche Bezahlung der Abgaben eingehen.

Grünau tritt für den Kommissionsantrag ein und bezweifelt den vom Senat berechneten Ausfall von 25 000 Mk. Daß der Umsatz sehr wohl zur Grundlage der Steuer genommen werden könne, ergebe sich aus den bekannten Geschäften in Stadt. Eine Revision der Lustbarkeitssteuer sei notwendig, vielleicht lasse sich durch diese der befürchtete Einnahmeausfall decken. Die Kommission sei sich gar nicht im unklaren, daß die Betriebssteuer nichts anderes als eine Gewerbesteuer sei. Die Buchführung ist für die Wirte von sehr großem Nutzen, durch das Gesetz wird auch auf eine solche hingearbeitet.

Dr. E. Meyer: Die meisten werden die Grundsätze der Kommission anerkennen, doch wird die finanzielle Seite den einzelnen wieder davon abhalten, dem Kommissionsbericht zu folgen. Bedenken über den Ausfall der Abstimmung, daß bei Ablehnung des Kommissionsantrages dem Wirtsgewerbe nicht geholfen wird, zwingen mich zu einem neuen Antrag. Dieser Antrag ersucht den Senat unter tunlichster Beschleunigung eine Revision der Lustbarkeitsabgabe unter Prüfung der Frage einer Billettsteuer der Bürgerschaft entgegenzubringen. Gleichzeitig soll ihr eine neue Vorlage über die Betriebssteuer vorgelegt werden.

Babendererde geht im einzelnen auf Ehlers Ausführungen ein, denen er nicht zustimmen kann. Der Arbeiter sei wohl in Arbeiterwirtschaften ein guter Wirt, nicht aber überall. Durch eine erhöhte Lustbarkeitssteuer werden viele Vergnügungen außerhalbs Lübecks verlegt. Die Bürgerschaft war bei Einführung der Lustbarkeitssteuer der Meinung, daß sie von dem Publikum getragen werde; das ist aber nicht der Fall. Schon aus Konkurrenzrücksichten müssen die Wirte bei kleineren Vereinen die Steuer tragen. Von 67 000 Mk. abgetragenen Lustbarkeitssteuern haben die Wirte nachweislich 50 000 Mk. aus eigener Tasche bezahlt. Nicht zu vergessen ist, daß der Staat durch Beleuchtungseinnahmen, bedeutende Grund- und Gebäudesteuern vom Wirtestand erheblichen Nutzen hat. Der Wirtestand sollte überhaupt aller Sonderabgaben enthoben werden. Sind doch die Fälle nicht selten, daß viele Wirte kaum 700—1200 Mk. Einkommen haben und dabei 2000 Mk. Abgaben bezahlen müssen. Zu bedauern ist die Senatsantwort, die nur den rein finanziellen Standpunkt in Betracht zieht. Die Bürgerschaft ist hoffentlich nicht gewillt, den Wirtestand länger darben zu lassen.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat sich bemüht, die Frage sachlich zu behandeln; daß dadurch die finanzielle Seite herangezogen werden mußte, war nicht zu umgehen.

Senator Dr. Neumann: Die Lustbarkeitssteuer ist auf dem Grundsatz aufgebaut, daß das Publikum, wenn es sich amüsieren will, auch etwas an den Staat bezahlen soll. Eine Sondersteuer für die Wirte bildet sie niemals. Die Wirte waren es auch, die für neue Betriebe eine erhöhte Konzessionsgebühr über die vom Staate verlangte gefordert haben, um sich die Konkurrenz vom Halse zu schaffen.

G. Ehlers: Wenn es so gehandhabt werden soll, daß beim Besitzwechsel der Nachfolger die schon bezahlte Gebühr nicht mehr nachzuzahlen braucht, ziehe ich meinen Antrag auf vierteljährliche Bezahlung der Abgaben zurück. Andernfalls halte ich ihn aufrecht. Ich habe den Antrag gestellt, weil im Bericht von vierteljährlichen Raten gesprochen wird. Alles das, was Herr Landgerichtsdirektor Meyer anführt, ist bereits geschehen und in der Kommissionsvorlage enthalten. Die einzelnen Behörden haben sich damit beschäftigt. Ich müßte nicht, was bei nochmaliger Beratung Ersprießliches herauskommen sollte. Die Kommission hat sich viele Mühe gegeben. über die Billettsteuer will ich nicht weiter sprechen, wir sind grundsätzliche Gegner derselben. Die Gelegenheit zu Ausführungen darüber findet sich bei Beratung der Lustbarkeitssteuer. Herrn Babendererde habe ich zu erwidern, daß ich ihm nicht die Kenntnis des Wirtsgewerbes abgesprochen habe, sondern ich wies auf seine unpassende Verallgemeinerung hin. Alle seine Freunde in den Wirtevereinen brauchen zu ihrem Betriebe keine Kenntnis fremder Sprachen. Ihre Kunden sind meistens gut bürgerlich, zum Teil erstklassig; aber drei fremde Sprachen verstehen sie sicherlich meistens nicht. Ferner habe ich davon gesprochen, man solle das Wohlergehen des Wirtes nicht an seinem äußeren Erscheinen bemessen, nicht der Wirt müsse durch sein Äußeres den Wohlstand zeigen (Heiterkeit).

Aug. Pape erinnert an den Ausspruch, den er vor einigen Jahren getan habe, der Senat solle entweder kalt oder warm sein, und fragt, wo denn in dieser Senatsvorlage die Verbesserung liege. Dem Wirtestand diene man durch stets weitere Belastung nicht. Mit der Einführung der Billettsteuer müßte man sehr vorsichtig sein. Den Wirten würde die beste Erleichterung durch Annahme des Kommissionsantrags.

Senator Dr. Neumann hat kein Bedenken dagegen, wenn zukünftig die Konzessionsgebühr nur einmal erhoben wird. Ein finanzielles Bedenken gegenüber Herrn Pape sei es aber doch, wenn im zukünftigen Budget die Einnahme der Abgaben um die Hälfte reduziert würde.

Tegtmeyer (Moisling) spricht zugunsten des Dr. Meyerschen Antrages. Wer Vergnügen suche, solle auch eine Abgabe zahlen, nicht der Wirt.

Schober bezeichnet es als trauriges Zeichen der Zeit, daß nur ein kleiner Teil der Wirte in der Lage sei, Gewerbesteuer zu zahlen. An Stelle des Einnahmeausfalles solle man die Warenhaussteuer einführen, die längst versprochen sei.

Senator Dr. Fehling: Die Warenhaussteuer wurde von der Bürgerschaft abgelehnt, die Steuerbehörde prüft sie aufs neue und lange wirds nicht dauern, bis sie wieder zur Beratung gelangt.

Babendererde verteidigt wiederholt seinen Standpunkt. Am besten wäre es, alle Sondersteuern abzuschaffen. Vielleicht könnte aus der weiteren Heranziehung der Kinematographen der Ausfall gedeckt werden. Er sei natürlich nicht dafür, von einem Gewerbestand die Steuer auf den andern zu wälzen, doch wäre eine gerechtere Verteilung empfehlenswert.

Thiele tritt für den Kommissionsantrag ein; die Wirte hätten wahrlich keine leichte Existenz. Ein Beweis ist ja auch die Verpachtung des Stadttheaterrestaurants. Ich sagte damals, wenn der Pächter Geld hat, wird er's los, hat er keins, dann werden die Lieferanten es los. Es ist auch so gekommen. Mit der Konzessionserteilung ist man nicht so sparsam. Wenns nach mir ginge, würde ich jede Sonderbesteuerung aufheben.

Dr. E. Meyer vertritt nochmal seinen Antrag; wenn heute ein fester Entschluß über den Senats- oder Kommissionsantrag gefaßt würde, könnte unter Umständen dem Wirtsgewerbe mehr geschadet als genützt werden.

Aug. Pape und Babendererde treten wiederholt besonders für die Kommissionsvorschläge ein.

Über den Paragraphen 2 des Kommissionsentwurfs wird namentlich abgestimmt. Er sieht die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Betriebssteuer vor. Das Resultat ergibt 68 Stimmen für, 5 Stimmen gegen den Antrag. Damit ist die Kommissionsfassung genehmigt.

Grünau begründet einen weiteren Antrag, „jedes angefangene Kalendervierteljahr für voll zu berechnen", der auch angenommen wird.

Alle weiteren, von der Kommission beantragten Abänderungen werden angenommen und hierauf die ganze Vorlage.

Beim weiteren Senatsantrag wird die Beschlußfähigkeit bezweifelt und die Beschlußunfähigkeit festgestellt.

Schluß 11 Uhr 10 Min.

Aus Nah und Fern.

Risiko der Arbeit. Beim Bau der Untergrundbahn in Berlin stürzte ein schwerer Eisenträger um. Zwei Arbeiter wurden sehr schwer verletzt; der eine ist im Krankenhause bereits seinen Verletzungen erlegen.

Einen Raubmord an der eigenen Mutter verübte in der Nacht zum Sonntag der achtzehnjährige Maler Josef Dawall in einer Ortschaft bei Schwiebus. Der Mörder flüchtete nach Berlin, wo er gestern bei einem Bekannten angetroffen und verhaftet wurde. Man fand bei ihm noch 1700 Mk. und verschiedene Schmucksachen. Er hatte seine Mutter mit einem Beil erschlagen, um in den Besitz des Geldes zu kommen. Bei seiner Vernehmung zeigte er ein rohes, zynisches Wesen und legte ein vollständiges Geständnis ab.

Das Befinden des bei dem Schmiedefelder Eisenbahnunglück Schwerverletzten ist den Umständen nach gut, sodaß sie mit dem Leben davonkommen dürften. Nur bei der Schneiderin Meyer und dem Bureaugehilfen Krause besteht noch Lebensgefahr. Der Bahnwärter Stanke, der das Unglück verschuldet hat, befindet sich noch auf freiem Fuß. Wie jetzt festgestellt worden ist, hat Stanke, als der Zug mit 75-Kilometer-Geschwindigkeit heranbrauste, geschlafen; er hatte die Schranke überhaupt nicht geschlossen.

2 Kinder ertrunken. Montag nachmittag wurden in Remscheid fünf Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren, die im Walde spielten, von einem Wolkenbruch überrascht. Als sie unter eine Brücke flüchteten, wurden sie von dem anschwellenden Wasser fortgerissen. Während die drei älteren sich zu retten vermochten, ertranken ein fünfjähriger und ein sechsjähriger Knabe.

Explosion des amerikanischen Uebersee-Luftschiffes „Akron". Das zur Überfahrt über den Atlantischen Ozean bestimmte amerikanische Luftschiff „Akron" ist in Atlantic City, New Jersey, in einer Höhe von etwa 800 Metern explodiert. Der Ingenieur Vaniman und die Besatzung sind getötet worden. Aus Atlantic City werden über die Explosion folgende Einzelheiten telegraphisch gemeldet: Am 2. Juli um 6½ Uhr, kurz nach dem Aufstieg des Luftschiffes, das vier Mann Besatzung an Bord hatte, ereignete sich die Katastrophe, die wahrscheinlich auf die Ausdehnung des Gases infolge der Sonnenhitze zurückzuführen ist. Das Luftschiff ging in Flammen auf. Die Gondel fiel einen Kilometer vom Ufer entfernt wie ein Stein ins Wasser. Bisher ist noch keine Leiche aufgefunden worden. Die Explosion war fürchterlich. Die Ballonhülle wurde in Fetzen gerissen. Dreitausend am Ufer versammelte Personen waren Zeugen der schrecklichen Katastrope. Weiter wird gemeldet: Die Katastrophe des Luftschiffes ist wahrscheinlich durch eine Explosion des Motors hervorgerufen, die das ganze Luftschiff in Flammen setzte. Die Katastrophe spielte sich in wenigen Sekunden ab mit solcher Gewalt, daß der Gasballon in Atome zerrissen wurde. Man sah eine ungeheure Flammenmasse in der Luft. Nach ungefähr 10 Sekunden erloschen die Flammen und man konnte am Morgenhimmel deutlich die herabstürzenden Trümmer sehen. Die unter dem Ballon angebrachte Gondel, in der die unglücklichen fünf Mann eingeschlossen waren, hing nur noch an einem Ende fest. Dann riß sich die Gondel los und stürzte sich vielmals überschlagend hinab. Man sah einen schwarzen Klumpen herabfallen. Es war der kopflose Körper Vanimanns, der später aufgefunden wurde. Alle fünf Insassen waren in 18 Fuß tiefes Wasser gestürzt und sofort tot.

Die Sturmkatastrophe in Kanada. Aus Neuyork wird gemeldet: In der durch einen Wirbelsturm verheerten kanadischen Stadt Regina hat man bisher 36 Leichen geborgen; eine Anzahl Toter liegt jedenfalls noch unter den Trümmern eingestürzter Gebäude; man hofft aber, daß die Katastrophe nicht mehr als 50 Opfer gefordert hat. Die Zahl der Verwundeten beträgt über 200. Am meisten waren die jungen Mädchen gefährdet, die im Telephonamt Dienst taten. Das Gebäude stürzte zusammen, und etwa 25 Mädchen büßten bei Erfüllung ihrer Pflicht das Leben ein; 75 konnten sich, wie durch ein Wunder, aus den Trümmern retten. Einzelne Stadtteile sind fast dem Erdboden gleichgemacht. Ein halbes Dutzend Getreidespeicher wurde einfach fortgefegt; dann verlor sich der Wirbelsturm auf den großen Seen. Da fast alle Verbindungen mit Regina und der Umgebung unterbrochen sind, fehlen weitere Einzelheiten, doch schätzt man den Schaden in der Stadt allein auf etwa 25 Millionen Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

nächst der Gatte und Vater zur „munt“ verpflichtet, für die Ernährung und Pflege der Frau und der Kinder zu sorgen. Die uneheliche Mutter steht hilf- und schutzlos da, sofern sie kein Vermögen hat und der uneheliche Vater sich seiner Verpflichtungen entzieht. Und die meisten unehelichen Mütter stammen aus armen Kreisen. Nach einer in Frankfurt a. M. aufgenommenen Statistik waren die aus Frankfurt a. M. stammenden unehelichen Mütter in hohem Maße Arbeiterinnen, Näherinnen, Wäscherinnen, Berufslose, nur ein Zehntel waren Dienstmädchen. Unter den von auswärts stammenden Müttern waren aber die Hälfte Dienstmädchen. Das Ergebnis ist: daß die unehelichen Mütter der Großstadt fast durchweg den armen und ärmsten Kreisen angehören. Da die Berufsvormundschaft die Aufgabe hat, bei der Geburt eines jeden unehelichen Kindes nachzuforschen, ob Hilfe nötig ist oder sich überhaupt ganz allgemein der unehelichen Kinder anzunehmen, so muß sie selbstverständlich sich auch der Mutter annehmen, solange sie das Kind stillen und selbst versorgen muß. In Ungarn wird die Mutter solange unterstützt, als sie dem Kinde die Brust reicht. Und wenn die Berufsvormundschaft in Deutschland ihre Aufgabe erfüllen will, wird sie, was Othmar Spann in seinem bereits erwähnten Aufsatze ausführte, zu einem Zentralorgan der gesamten auf Erziehung und Familie gerichteten Sozialpolitik werden müssen.

Eine solche Berufsvormundschaft, die sich als neuer Selbstverwaltungskörper entwickelt, muß sich auch aller Kinder annehmen und dadurch wird sie von selbst der Zentralpunkt der gesamten Jugend- und Familienfürsorge. Konkret steht der Berufsvormundschaft die wirkliche Anwendung aller Mittel der Erziehungshilfe und Ersatzerziehung gegenüber. Die ärztliche Aufsicht der Pflegestellen, Mutterberatung, Hauspflege usw. oder die Verpflegung in fremden Familien, in Anstalten, in Fürsorgeerziehung, kurz, die wirkliche Durchführung der Ersatzerziehung ist nicht Sache des Berufsvormunds. Der Vormund ist nur das vertretende Beistandsorgan für die nicht funktionierende oder nicht vorhandene Familie, er ist aber nicht das Erziehungsorgan selbst. Das gesamte System der Ersatzerziehung steht auf diese Weise dem Berufsvormund helfend zur Seite. Aber der Berufsvormund kann auch nur seine Aufgabe erfüllen, wenn alle die nötigen Einrichtungen für Erziehung und Verpflegung der ihm unterstellten Kinder vorhanden sind. Die Berufsvormundschaft erfordert deshalb den Ausbau dieser Einrichtungen. Und sie wird — als Übergangsform zu einer höheren, besseren Einrichtung — die „munt“ nicht nur für alle hilfsbedürftigen Kinder bilden, sondern auch für die alleinstehenden „unehelichen“ Mütter, denen sie die Möglichkeit verschafft, Berufstätigkeit und Mutterschaft zu verbinden, ohne daß sie in ein Abhängigkeitsverhältnis gelangen. Denn die Berufsvormundschaft wird eine öffentlich-rechtliche Einrichtung zur Versorgung und Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft und hat mit einer „Schutzgewalt“ über die Frau nichts mehr gemein.

Die Frau in der Kommune.

Eine soeben angestellte Enquete ergibt, daß in Baden bereits in 42 Städten 160 Frauen in städtischen Kommissionen tätig sind: in Schulkommissionen 62, in Handels- und Gewerbeschulkommissionen 24, in Armenkommissionen 49, in den Kommissionen für öffentliche Gesundheitspflege 12 und in Kommissionen für nützliche und soziale Angelegenheiten 18 Frauen. Dazu kommt noch Mannheim, das in 19 Kommissionen 44 Frauen hat.

§ 218.

In Leipzig wurde gegen 29 Frauen und Mädchen verhandelt, die sich des Vergehens gegen das keimende Leben schuldig gemacht hatten. Wie aus der summarischen Urteilsbegründung hervorging, haben die verschiedensten Gründe die Angeklagten bewogen, sich jener Frau anzuvertrauen, die es durch Buchführung und Aufbewahren von Briefen verschuldet hat, daß so viel Unglück über viele Familien gekommen ist. Die meisten sind aus purer Not zu dem Schritt gedrängt worden, sei es, daß sie als Familienmütter die Zukunft der Ihren zu bedenken hatten, sei es, daß sie als ledige Erwerbstätige ihren Beruf und ihr Brot gefährdet sahen. Eine Mutter, die ihr Kind zu dem Vergehen angestiftet hat, muß dies mit 8 Monaten Gefängnis bezahlen, eine Frau, die ihrer Freundin einen guten Rat zu geben glaubte, soll dafür drei Monate büßen. Eine Frau, die Grund hatte, bei eintretender Schwangerschaft für ihr Leben zu fürchten, ist trotzdem noch mit einigen Wochen Gefängnis bestraft worden. Keine der unglücklichen Frauen hat aus purem Leichtsinn oder Mutwillen gehandelt; sie alle trieb die eherne Notwendigkeit; sie mußten ihre Position behaupten, die in dem gelobten Gegenwartsstaat durch eine Schwangerschaft gefährdet war. Diese Auffassung hat augenscheinlich auch das Gericht gehabt, denn es hat sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, so daß sie vor dem Zuchthause bewahrt blieben. Aber die Strafen, die auf Grund unserer Gesetze für das in Frage stehende Vergehen angedroht werden, sind auch bei Zuerkennung mildernder Umstände noch furchtbar hart.

Kleines Feuilleton.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse des letzten Aetnaausbruches.

Professor Ricco, der Leiter des Observatoriums in Catania am Fuße des Aetna, hat jetzt im Bulletin der italienischen Gesellschaft für Erdbebenforschung einen Bericht über die wissenschaftlichen Beobachtungen veröffentlicht, die bei dem letzten Ausbruch des großen Vulkans im vorigen September ausgeführt worden sind. Danach hatte die Eruption eigentlich schon am 27. Mai begonnen, denn an diesem Tage scheint sich auf der nordöstlichen Flanke des Mittelkraters, etwa 100 Meter unterhalb des Randes, ein neuer Schlot gebildet zu haben. Er wurde zunächst nicht besonders beachtet, weil er nur Dampf, aber keine festen Stoffe auswarf. Dann wurde im August zuerst ein Rumpeln im Mittelkrater und in dem neuen Schlot gehört, und aus beiden drangen nun auch Steine. Dieser Zustand dauerte bis zur Nacht auf den 10. September, in der ein sehr starkes Erdbeben eintrat und eine große Radialspalte von 8 Kilometer Länge gebildet wurde, die von dem neuen Schlot in nordöstlicher Richtung verlief. In der Beobachtungswarte von Catania, die 30 Kilometer von dem Krater entfernt ist, geriet der Erdbebenmesser in eine fast unaufhörliche Bewegung, die sechs Stunden anhielt. Gleichzeitig mit dem stärksten Stoß öffnete sich wieder ein neuer Schlot in einem Abstand von 4 Klm. vom Mittelkrater, aus dem Dampf, Asche, Steine und Bomben hervordrangen. Im Verlaufe des 10. September bildeten sich noch 8 neue Schlote, und am folgenden Tage waren bereits 16 in Tätigkeit, von denen zwei auch Lava ausströmten. Am 12. September vermehrte sich die Zahl der neuen Schlote noch mehr, und zwar folgten sie hauptsächlich der neuen großen Spalte. Die parasitischen Krater, für die der Aetna berühmt ist, lagen meist in Gruppen von 4 bis 6 zusammen. Im Südosten des Monte Nero befand sich sogar eine Reihe von 80 Schloten, von denen der tiefste einen mächtigen Lavastrom aussandte. Im ganzen wurden sieben Gruppen solcher Ausbruchskegel unterschieden. Am 15. und 16. Dezember kamen aus dem Mittelkrater und dem im Mai gebildeten Schlot nur noch große Rauchmassen. Mehrere der Eruptionskegelgruppen aber waren noch in heftiger Tätigkeit und hatten streckenweise loses Auswurfsmaterial bis zu 10 und 20 Meter hoch aufgeschichtet. Aus einer floß die Lava immer noch mit der außerordentlichen Geschwindigkeit von drei Meter in der Sekunde. Als beendet konnte der Ausbruch erst am 28. September gelten. Am 1. Oktober wurde eine erneute Besichtigung der Eruptionsstellen unternommen und erhebliche Umgestaltungen beobachtet. Die eine Gruppe der Schlote hatte sich in vier große Krater vereintgt, während eine andere aus nicht weniger als 42 einzelner Kegeln bestand. Noch andere waren unter den Lavaströmen verschwunden. Über der Eisenbahnlinie, die um den Aetna herumführt, lag die Lava streckenweise 30 Meter hoch.

Aus den Witzblättern.

Mißverständnis. Kunde: „Die Haare haben Sie mir aber viel zu kurz geschnitten!“ — Barbier: „O bitte sehr, ich habe Zeit. Ich kann sie Ihnen ja noch etwas länger schneiden.“

(Aus „Lustige Blätter“.)

Fatal. Dame: „Sie kommen mir so bekannt vor; sind Sie nicht der Kürschnermeister, dem ich im vorigen Jahr meinen Pelz zum Reparieren brachte?“ — „Nein, ich bin Beamter im Leihhaus!“

Ein Unzufriedener. Bettler: „Mir gefällt die heutige Zeit nicht! Immer, wenn man 'n Gewand nötig hat, kriegt man irgend 'n abgelegten Sportanzug!“

(Aus „Meggendorfer Blätter“.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 26. Mittwoch, den 3. Juli 1912.

Zu spät.

Erzählung von Johan Falkberget.

I.

Der schmale Fjord liegt fast immer still und dunkel. Die hohen Berge halten alle Stürme ab . . . und sie legen lange Schlagschatten über das Wasser. Der Fjord ist so tief, daß selbst bei tiefstem Wasserstand die größten Schiffe ganz nahe an den Strand herankönnen. Aber oberhalb des Fjords führt ein schmales Tal geradeswegs hinauf zu der großen Hochebene. Auch das Tal ist dunkel und düster . . . geradezu voll von Schatten, wie der schmale Fjord. Und danach hat es seinen Namen erhalten . . . das Schattental. Droben auf der Hochebene liegen die Bergweiden und bieten eine Aussicht auf die große stahlblaue Nordsee. Und wenn das Meer im Sturme braust und schäumt, tönt der dumpfe Schlag der Wellen dort hinauf.

Tief drinnen in dieser Hochebene liegt eine Eisenerzgrube. Sie ist mehrere hundert Jahre lang in Betrieb gewesen — und bis in die letzten Jahrzehnte. Nun stehen die Berghütten öde und verschlossen. Und die tiefen Grubengänge sind voll Wasser. Die rostigen Erzmassen zeugen noch davon, daß hier einstmals Menschen gefrondet und sich abgemüht haben.

Jäger, die zur Herbstzeit in diesen Einöden umherstreifen, wissen zu erzählen, daß es in dunklen Nächten spukt bei der Grube. Sie haben das Dröhnen gehört von Sprengschüssen tief in den Bergen. Und sie sahen Licht in den verschlossenen Berghütten. Auch gibt es solche, die harte Mannesrufe und Schmerzensschreie durch die Wände dringen hörten.

II.

Es war zur Sommerszeit vor ungefähr 20 Jahren. Ein Mädchen aus einer Fischerhütte unten an der Meeresbucht war dort oben Sennerin auf einer der Almen. Ingrid Skjäret hieß sie. Sie war groß und schön. Wenn sie ihr langes dunkles Haar lose über den Nacken hängend trug, glich sie mehr einer Fee als einem Menschenkinde. Sie hatte auch tiefe, wundersame Augen, und ein eigener mächtiger Glanz lag in diesen Augen. Man wurde gleichsam gefangen genommen von ihrem Blick. Auch war keine dort oben auf der Hochebene, die die Herde so zu locken verstand, wie sie. Der Klang ihrer Stimme wurde gleichsam stärker und stärker, je weiter ihn die Luft trug.

Alte Männer, die Sonnabend abends den Weg hinaufkamen, blieben stehen und lauschten auf ihre silberhellen Töne. Sie hatten nie so etwas Wunderbares gehört. Und die Tränen kamen ihnen in die Augen . . . es war, als ob die entschwundene Jugend ihnen begegnete. Über ihren Stab gebeugt, standen sie da, versunken in die Erinnerung an vergangene Zeiten.

— — In dem Bergwerk arbeiteten nur die kecksten Burschen, die in den Dörfern der Gegend zu finden waren. Die Arbeit in der Grube war schwer und gefahrvoll zugleich. Denn dort unten in den dunklen Gängen stand der Tod allzeit auf der Lauer. Und es geschah oft, daß ein Leichenzug durch das Schattental dahinschritt.

Aber wenn Sonnabend abends der Tanz die Jugend zusammenführte, da vergaßen die jungen Burschen des Todes. Und ihre Sinne flammten auf in glühender Leidenschaft, wenn der Ton der Fiedel hinausklang in die Abendstille der Bergöde. Unter heißen Atemzügen und mutwilligen Sprüngen über die Wiesen gewannen die jungen Leute einander lieb. Denen, die allein sein wollten, bot der knorrige Birkenwald ein zuverlässiges Versteck.

Eines Abends war Tanz auf der Alm, wo Ingrid Skjäret Sennerin war. Sie lachte und sang. Hinreißend und leicht schwang sie sich in den wilden Tanzspielen. Die Burschen stritten sich um den Vorzug, mit ihr zu tanzen. Sie war ein Gottesengel in Sinn und Gemüte.

Aber es war einer da, den sie allen andern vorzog. Ein Bursche vom Gebirgskamm . . . Ulv Fjeld mit Namen. Er war still und wortkarg. Wenn er wirklich einmal lachte, klang es wie tiefe Wehmut durch sein Lachen. Man wußte nicht recht, was man von ihm denken sollte. Sprenglöcher ins Gestein zu bohren, war er einer der ersten. Und furchtsam war er nie. Es sah oftmals so aus, als ob er gerne dort stand, wo die Gefahr am größten war. Viele zweifelten auch daran, daß er ganz richtig im Kopfe wäre.

Ingrid und Ulv tanzten in jener Nacht alle Tänze miteinander. Sie schien ganz in ihm aufzugehen. Ihre Augen flammten stärker als sonst. Und in ihren schwellenden Worte glühte des Herzens Begehren.

Als aber die Morgenflöte über den Bergen emporflammte, vermißte man die beiden. Man suchte und fragte überall nach ihnen, doch keiner konnte sie finden.

Tief in der Einöde gingen sie Arm in Arm. Sie wollten einsam sein. Denn zu dem, was sie sprachen, brauchten sie keinen Zeugen. Ihre Blicke brannten, und ihre Worte glühten. Und als der Tag herrlich emporstieg über der weiten Einöde, schwuren sie einander ewige Treue.

Niemand und nichts sollte sie jemals wieder trennen.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Danach trafen sich die zwei jeden Abend . . . an öden einsamen Orten.

Und wie ein Traum glitt der Sommer dahin.

Wenn Ulv drunten im Bergwerke stand, meinte er in dem vollen Klang des Stahles ihre herrliche Stimme zu vernehmen. In allem, was er sah und hörte, — war sie . . . seine bezaubernde Fee . . . sein süßer Traum.

III.

Ein Jahr war vergangen.

Die Treue, die Ingrid Skjäret an jenem Morgen auf der Hochebene Ulv Field geschworen hatte, die Treue hatte sie längst einem andern geschworen.

Aber Ulv härmte sich.

Er ward noch stiller als vordem. Drunten im Bergwerk spielte er förmlich mit dem Tode. Seine Kameraden schüttelten die Köpfe. Früher oder später würde es noch schlimm mit ihm enden. Ein solch leichtfertiges Spielen mit dem Leben hatten sie nie gesehen.

Eines Nachmittags sollte ein großer Felsblock in der Grube gesprengt werden. Man hatte sowohl oberhalb wie unterhalb des Blockes gebohrt — ein paar Dutzend Sprenglöcher. Sie sollten alle auf einmal abgefeuert werden.

Man sprach weit und breit von dieser Salve, die zu einem gewaltigen Schauspiel werden sollte. Die Leute von den Sennhütten waren zu der Grube gekommen, um zu schauen. Unter ihnen war auch Ingrid Skjäret.

Der, der die gewaltige Mine anzünden sollte, war Ulv Fjeld. Kein anderer hatte dies zu übernehmen gewagt. Alte Bergleute hatten ihm abgeraten von diesem Wagespiel. Es konnte ja vielleicht gut abgehen. Aber, so gleichgültig, wie er mit dem Leben umging, konnte es auch leicht ein böses Ende nehmen. Dazu lachte er. Als ob das Leben etwas wäre, um das man Angst haben sollte! Als alle Bohrlöcher geladen waren, ergriffen die Leute die Flucht. Nur Ulv blieb zurück. Er war bleich. Um seinen Mund zog ein trauriges, bitteres Lächeln. Man hatte ein Gefühl, als wenn nun ein Unglück geschehen werde. Das vernahm auch Ingrid. Jedes Wort schnitt ihr ins Herz. Sie wußte, daß sie selbst schuld hatte an dem, was Ulv jetzt im Begriff war, zu tun. Und wie ein leuchtender Blitz kam es ihr plötzlich zum Bewußtsein, daß sie ihn noch immer liebte . . . . ja, nur ihn liebte. Ihr Antlitz wurde bald glühendrot, bald leichenblaß.

Auf einmal . . . wie von Sinnen, stürzte sie hervor aus dem Menschenhaufen und hin zu Ulv.

„O, tu das nicht, Ulv!“ flehte sie. Das Weinen zitterte um ihren schönen Mund. Er sah auf zu ihr. Ein Zug wahnsinniger Gleichgültigkeit lag in seinem Angesicht.

„Leb wohl, Ingrid! Nun zünde ich die Mine an,“ sagte er mit tieftraurig heiserer Stimme.

Er spielte mit dem Zündholz an der Lunte. — „Alles ist wie früher zwischen uns, Ulv,“ jammerte sie laut auf und griff nach seinem Arm.

Er stand einen Augenblick stille. Als ob er ein Schluchzen hinunterwürgte.

„Es ist zu spät . . . allzu spät!“

Er wandte sich nach einem der Minenlöcher. Tränen rannen über seine Wangen. Ganz unwillkürlich [illegible]

laut aufschluchzend, zurück. Einige Männer hatten sich im letzten Augenblick entschlossen, herbeizueilen, ihn abzuhalten. Aber auch das war zu spät. Es rauchte schon von der ersten Lunte. Ulv ging ganz ruhig mit seinem Feuerzeug von Lunte zu Lunte. Es sah nicht danach aus, als ob er es eilig hätte. Die Spannung unter denen, die zuschauten, wurde mit einem Male so mächtig, daß sie zitternd vor Angst dastanden. Sie verstanden nun alle seine Absicht. Er wollte nicht mit dem Leben davonkommen. Die Frauen wandten sich ab und hielten sich die Schürzen vor die Augen. Sie konnten das nicht mit ansehen.

Ingrid Skjäret stieß einen wilden Schrei aus und wollte sich wieder zu ihm hinstürzen. Aber ein paar handfeste Leute hielten sie zurück. Schmerzenslaute gingen von Mund zu Mund. Die Gesichter wurden bleich, und die Augen starrten auf Ulv. Er ging noch immer in aller Ruhe. Doch hatte er noch viele Minen anzuzünden. Und das Feuer der ersten Lunte, die er angezündet hatte, konnte jeden Augenblick das Dynamit erreichen. Es zischte und sprühte rings um ihn her. Sie konnten in dem Feuer und Rauch nur noch einen Schimmer von ihm erblicken.

Alle erkannten das Unvermeidliche. Er mußte in Fetzen zerrissen werden.

Da schrie Ingrid Skjärnet plötzlich:

„Ulv!"

Der Schrei verhallte traurig und hoffnungslos in der Stille. Er hörte ihn. Er wandte sich um und starrte nach der Menge. Da kam ein Hoffnungsschimmer in viele Augen. Vielleicht konnte er sich retten — die Flucht ergreifen. Aber nein. Er drehte sich wieder um und beugte sich über eine neue Lunte. Da stieg eine gewaltige, lodernde Flamme von der ersten Miene auf, und ein furchtbares Krachen erscholl. Aber sie sahen ihn immer noch zwischen Rauch und Flammen. Es schien, als wäre er unverletzt.

Und alle Minen hatte er angezündet.

Aber nun kam der zweite Schuß . . . und noch einer. Da sahen sie ihn mit den Händen über dem Kopf emporspringen. Dann kam Schuß auf Schuß. Er verschwand in Rauch und Flammen. Steine sausten und pfiffen durch die Luft. Die Fensterscheiben der Berghütten klirrten von dem furchtbaren Getöse. Es war, als ob viele Donnerwetter mit einem Male losgebrochen wären. Ingrid war bewußtlos umgesunken. Die Menge schrie vor Entsetzen.

Als der letzte Schuß vorbei war, standen die starken Männer von Grauen gepackt da, bevor sie nach der Stätte des Ereignisses gingen. Sie fanden Ulv im Steingeröll liegend, der Kopf war vom Rumpf fast ganz abgerissen. Und die Eingeweide quollen ihm aus dem Leibe. Die Männer blieben eine Weile stehen und sahen ihn an. Dann nahmen sie ihre Blusen und bedeckten ihn damit. Bis sie eine Bahre geholt hatten, um ihn fortzutragen.

IV.

Einige Tage darauf bewegte sich ein Leichenzug durch das Schattental. Es war Ulv Fjeld, den seine Kameraden von der Hochebene hinuntertrugen. Es waren schon viele solcher Züge durch das stille, düstere Schattental hinabgegangen. Aber keiner war so unheimlich traurig gewesen wie dieser. Alle hatten Ulv geliebt. Und sie wußten, was hinter seinem traurigen Schicksal lag.

Auf dem kleinen Friedhof draußen am Fjord bereiteten sie ihm ein schönes Begräbnis. Man sagt, daß niemals an einem Grabe soviel geweint wurde, wie an seinem. Seine Genossen setzten ihm einen hohen Grabstein. Der Stein war vom Bergwerk heruntergeholt worden. Und sein Name

Ulv Fjeld

wurde mit einem Minenbohrer darin eingehauen. Der Stein ist noch zu sehen. Er steht dort schwarz und hoch und ragt empor über alle anderen Grabmäler.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Als Ingrid wieder zu sich kam, war sie halb wahnsinnig. Ihre schönen Augen hatten einen gefährlichen Glanz angenommen. Sie sang niemals mehr. Zur Nachtzeit konnte man sie ganz allein auf der Hochebene antreffen. Die Leute sagten, sie ginge an alle die Stätten, wo sie und Ulv zusammen gewesen waren. Und an jeder Stätte saß sie lange und weinte.

An den Winterabenden ging sie hinaus an den Strand des Fjords und starrte in das dunkle Wasser.

Oft kam sie nach Ulvs Grab. Immer brachte sie Blumen mit. Sie wand schöne Kränze und hing sie an den Stein. Mit den Jahren wurde ihr Blick mehr und mehr verstört. Zuweilen erzählte sie, daß sie Ulv getroffen habe. Er war so schön und lieb, sagte sie.

Aber an einem Frühjahrsabend war sie verschwunden. Man suchte nach ihr drunten am Strande und auf dem Kirchhof. Schließlich suchte man sie auf der Hochebene. Da fand man sie zusammengesunken an der Stelle, wo Ulv umgekommen war. Sie war fast leblos. Man nahm sie und trug sie in eine Sennhütte. Mehrere Tage lang blieb sie bewußtlos liegen, ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben.

Aber eines Morgens schlug sie die Augen auf und starrte vor sich hin. Als sähe sie etwas, irgendwo weit in der Ferne.

Und sie stieß einen wilden Schrei aus:

„Ulv!"

Das Wort marterte die, die bei ihr standen.

Sie sank wieder zurück auf die Kissen.

Gegen Abend des nächsten Tages starb sie.

V.

Zur Herbstzeit, wenn der Abendnebel schwer und düster über der Einöde brütet . . . und lodernde Feuer ihren langen roten Glutschein in das Dunkel senden, versammeln sich die Sennerinnen hier und da in den Almhütten.

Da sprechen sie oft von Ingrid Skjäret und Ulv Fjeld. Und die jungen Herzen zittern in Tränen . . .

Das Proletariertum in Tokio.

Das Zentrum der Stadt Tokio, in dem heute die wichtigsten Geschäftsstraßen der Hauptstadt mit der Ginza als „Friedrichstraße" liegen, war noch vor 25 Jahren das Viertel, in dem die ärmste Bevölkerung der Stadt ihre Quartiere hatte. So sind, wie Professor Yokoyama in der Zeitschrift „Taiyo" berichtet, auf einer alten Karte vom Jahre 1878 noch die Straßen Hatcho-hori im Stadtteil Kyobashi und Hashimotocho im Stadtteil Ninkonbashi als die bezeichnet, in denen berufsmäßige Bettler, Straßenmusikanten und dergleichen Leute hausten, während in der Nachbarstraße Nishicho in Kanda, die heute eine glänzende breite Verkehrsader geworden ist, die billigen Teehäuser, Kneipen und Schlafquartiere für die Proletarier aus allen Arbeitszweigen gelegen waren. Diese Armen- und Proletarierquartiere sind heute im Zentrum der Stadt völlig verschwunden, nicht ohne daß dabei mancher Pfennig in die Kasse der Bettlergilde gewandert ist, die in Tokio sowohl wie in Yokohama mit zu den reichsten Gilden gehört, die es überhaupt in Japan gibt. Dies hängt mit dem japanischen Familien- und Kasten-System zusammen, da auch die Bettler zu einer großen Kaste gehören, die Schätze auf Schätze häuft, der einzelne Angehörige dieser großen Familie bleibt freilich ein armer Bettler bis an sein Lebensende. Heute haben sich die Angehörigen dieser Kaste in den Vorstadtvierteln von Yotsaya, Shiba und Shitaya angesiedelt, und alles, was von diesen Leuten gelebt hat, ist ihnen nachgewandert.

Außer den berufsmäßigen Bettlern zählen dazu Lumpen- und Papiersammler, die tagaus, tagein mit Bambuskörben auf dem Rücken durch die Straßen pilgern und abends müde in ihre Quartiere einfallen. Ihnen gesellen sich die Pfeifenreiniger mit ihren Karren, deren Hauptbestandteil eine kleine Dampfmaschine bildet, deren langgezogene Pfeifentöne alle fleißig an Arbeitstischen schaffenden Europäer rasend machen können, während die Nerven der Japaner kaum davon berührt werden. Ferner sieht man da Regenschirmflicker, Straßensänger und Musikanten, unter letzteren viele Blinde. Die Lumpen- und Papiersammler der Stadt — es sind ihrer 750 — wohnen zumeist im Shitaya-Viertel, während die Bettler sich am meisten zu Asakusa hingezogen fühlen, wo die großen Tempel der Kanon (Göttin der Barmherzigkeit) und der Hongwanji-Sekte stehen, die täglich von Hunderten von Bittgängern aufgesucht werden. Auch liegt hier in der Nähe das Yoshiwara-Viertel (Vergnügungsstadt), in dem für Leute ihrer Klasse immer einige Brosamen abfallen. Die Straßenmusikanten haben ihre Quartiere jetzt zumeist in Shinami aufgeschlagen und die große Masse der Arbeiter niedrigster Art, die heute hier und morgen da sich als Tagelöhner verdingen oder Arbeit auf der Straße suchen, wo sie sie finden, hat sich mehr und mehr nach Fukagawa hingezogen, wo die großen Industrie-Etablissements liegen. Hier findet man Hütte neben Hütte mit Räumen von sechs Matten, auf denen ebenso viele Menschen und Menschlein hausen. Nichts in diesen Hütten gehört diesen Leuten; sie zahlen für alles Miete oder Pacht und sind fast ausnahmslos in den Händen unbarmherziger Wucherer und Pfandverleiher. Ein Elend herrscht hier, von dem man sich auch in europäischen Großstädten keine Vorstellung machen kann. Auch eine Art Sachsengängerei ist bei diesen niedrigsten Tagesarbeitern üblich. Gegen Ende des Jahres, wenn der kalte Nordwind durch Tokio zu blasen anfängt, finden sie nicht mehr genügenden Schutz gegen die

Kälte. Dann weichen sie aus der ungastlichen Großstadt und ziehen in die Minendistrikte im Norden und Süden, wo sie regelmäßige Arbeit finden und sich immer am warmen Holzfeuer in den Schächten wärmen können. Sie werden übrigens im Spätherbst durch arme Bauern abgelöst, die auf dem Lande keine Arbeit haben und nun in die Hauptstadt ziehen, um hier den Winter über sich durch Arbeiten aller Art durchzuschlagen. Sie finden Unterkunft in kleinen Teehäusern billigster Sorte, die sich „Gasthäuser mit Holzfeuer und Kost" nennen.

Neben diesen Kost- und Schlafhäusern gibt es dann auch Barackenhäuser mit 100, 50, 30 Wohnungen, wenn man einem Raum von drei oder vier Matten (eine Matte ist gewöhnlich 1½ Meter lang und 75 Zentimeter breit) den Namen „Wohnung" geben kann. Die Miete für eine solche „Wohnung" beträgt 1,30 bis 1,70 Yen im Monat. In allen diesen Häusern wird die Miete vom Hauswirt unbarmherzig am Morgen des Tages eingezogen; zahlt der Mieter nicht, so fliegt er unbarmherzig auf die Straße und kann sehen, wo er am Abend einen anderen Unterschlupf findet. Im Dezbr. 1911 machte Prof. Yokoyama einmal einen Rundgang durch diese Proletarierstätten. Da fand er in einer solchen viereinhalb Matten-Wohnung verschiedentlich Familien, bestehend aus sieben Häuptern, die alle von 40 Sen Tagesverdienst des einzigen Arbeiters in der Familie, des Vaters, zu leben hatten; und oft genug kamen Regentage, an denen der Verdienst gleich Null war. In einem anderen Hause fand er eine Familie, die von dem Tagesverdienst der Frau von 36 Sen (sie war Straßenköchin für geröstete Bohnen) leben mußte. Hier werden überhaupt von Frauen als Ernährerinnen Heldentaten geleistet, wie sie kaum größer sein können.

Unter den verschiedenen Handwerkern sind die am meisten geachteten die Zimmerleute, Maurer und sonstige Steinarbeiter. Lichtzieher und Perückenmacher nehmen stark an Zahl ab, während Barbiere, Straßenköche, Nudelbäcker und Zuckerbäcker, die früher eine große Familie bildeten, sich infolge der großen Konkurrenz immer unabhängiger und freizügiger gemacht haben. Junge, kräftige Leute fanden bisher in Tokio wie überall in Japan am leichtesten und besten Verdienst im Jinrikisha-(Wagen-)Ziehen. Sie mieteten einen dieser Wagen und waren vom ersten Tage ihrer Ankunft in Tokio an verdienstfähig. Die Zeiten, wo Studenten sich in der Nacht durch Jinrikisha-Ziehen ihren Unterhalt verdienten, um am Tage in die Schule zu gehen, sind aber jetzt auch vorüber. Die Zahl der Jinrikshas in Tokio ist in wenigen Jahren infolge des Ausbaues des elektrischen Bahnnetzes von 26 000 auf 11 000 herabgegangen. Außerdem läßt die Regierung nicht mehr zu, daß junge Leute sich allzu lange diesem Gewerbe hingeben, da sie die Erfahrung gemacht hat, daß viele Wagenzieher nach einigen Jahren an Lungenschwindsucht zugrunde gehen.

Der Kampf gegen diese und andere Krankheiten, von denen das Proletariat heimgesucht wird, soll nun durch die neue „Kaiserliche Wohltätigkeitsgesellschaft" des Fürsten Katsura energisch aufgenommen werden. Und es ist sehr zu begrüßen, daß Tokio jetzt Armenhospitäler mit richtiger Armenpflege erhalten soll, denn Tokio hat ein Proletariat, wie es schlimmer in keiner Großstadt der Kulturwelt zu finden ist.

Für unsere Frauen.

Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für die Frauen.

Die gesetzliche Vormundschaft, die ohne weiteres für alle unehelichen Kinder Geltung hat, ist in Mutterschutzkreisen bekämpft worden, weil sie eine unnötige Belästigung der unehelichen Mütter mit sich bringe. Obwohl diese Belästigung heute zwar nur in Ausnahmefällen empfunden wird, wenn es sich z. B. um wohlhabendere uneheliche Mütter handelt — die übergroße Mehrzahl der unehelichen Mütter bedarf des Schutzes und der Hilfe der Gesamtheit —, so ist es doch immerhin richtig, daß die gesetzliche Vormundschaft in der generalisierenden Form eine ungleiche Behandlung des weiblichen gegenüber dem männlichen Geschlecht und der unehelichen Mütter gegenüber den ehelichen bedeutet. Denn die Lage der ehelichen Kinder und Mütter ist in sehr vielen Fällen nicht besser, oftmals noch schlechter als die vieler unehelichen, und wenn eine gleichmäßige Behandlung aller unehelichen Kinder für notwendig erachtet wird, so ist es unbegreiflich, weshalb nicht auch die ehelichen unter die gesetzliche Vormundschaft gestellt werden, und zwar die Kinder der reichen wie die der armen Eltern. Aber mit der gesetzlichen Vormundschaft — die nur eine bestimmte Form der Berufsvormundschaft ist — braucht auch nicht notwendigerweise eine Verallgemeinerung, wie z. B. in Leipzig, verknüpft zu sein. In Straßburg und in den meisten anderen Städten Deutschlands, die bereits eine Berufsvormundschaft haben, und in Österreich, unternimmt der gemeindliche Berufsvormund in jedem einzelnen Falle, z. B. nach jeder unehelichen Geburt, Nachforschungen über die persönlichen Verhältnisse des Mündels und läßt sich nur dann durch den Gemeinde-Waisenrat dem Vormundschaftsrichter als Vormund vorschlagen, wenn er sein Eingreifen für nötig hält; er sammelt also von Fall zu Fall. Auch die gesetzliche Vormundschaft kann in ähnlicher Weise eingerichtet werden, daß sie überall da ohne weiteres in Kraft tritt, wo Schutz und Hilfe nötig sind oder verlangt werden: bei unehelichen und ehelichen Kindern. Und wenn die Berufsvormundschaft den sozialpolitischen Ausbau erhält, den Othmar Spann in einem sehr interessanten Aufsatz über die Erweiterung der Sozialpolitik durch die Berufsvormundschaft im Aprilheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erwartet, dann steht ihr eine große Zukunft bevor und sie kann vor allem auch für die Frauen von großer Bedeutung werden.

Die Vormundschaft in ihrer heutigen Form ist nichts anderes als das letzte Glied in der bisherigen Entwicklung der uralten „munt". Wurden Weib und Kind durch den Tod des Gatten und Vaters, des Hausherrn, schutzlos, so ging die „munt" auf die Sippe als Gesamtheit über. Später wurde ein vom Vater erkorener Vormund berufen, und die Sippe behielt nur die Oberaufsicht. Nach Herausbildung des Staates ging auf diesen zuerst die Oberaufsicht und schließlich auch das Recht, den Vormund zu stellen, über. So hat sich die Vormundschaft herausgebildet, wie sie bis jetzt bestand. Sie soll — das ist ihr heutiger Sinn immer noch — ein Ersatzorgan für die fehlende Familie oder ein Hilfsorgan für die unvollständige sowie für die unzulänglich funktionierende Familie sein. Ist die Familie unvollständig, z. B. dadurch, daß ein Kind unehelich geboren wird, so tritt die Vormundschaft ein und übernimmt gewisse, die Familie ergänzende Hilfsfunktionen, indem sie über die Rechte des Kindes wacht und es nach außen hin gesetzlich vertritt. Ist die Familie zwar vollständig, sind aber die erzieherischen Kräfte der Eltern unzulänglich, z. B. wegen Alkoholismus, so gehen ihre Rechte auf einen Vormund über, der für sie eintritt. Die Hilfsfunktion der Vormundschaft wird fortgesetzt durch die Einrichtungen der Pflegschaft und Gegenvormundschaft oder Mitvormundschaft, die für gewisse Sonderaufgaben in Kraft treten. Die Pflegschaft z. B., wenn das Kind straffällig wird oder in Fürsorgeerziehung kommen soll, oder allgemein: wenn die Eltern verklagt werden, die Gegenvormundschaft besonders im Hinblick auf Vermögensverwaltung. Demgemäß kommen in Deutschland unter Vormundschaft: die Vollwaisen, die unehelichen Kinder; alle jene Verwahrlosten, Mißhandelten, Gefährdeten, deren Eltern die elterliche Gewalt abgesprochen wurde; die in Zwangs- und Fürsorgeerziehung befindlichen Kinder.

Für alle diese Kinder wurde bisher, wie auch für Geisteskranke, ein Vormund bestellt, der ehrenamtlich seinen Mündel in allen Rechtssachen vertrat und für seine richtige Pflege und Versorgung das Nötige in die Wege leiten mußte. Diese private Vormundschaft hat sich gänzlich überlebt und kann ihren Zweck in heutiger Zeit nicht mehr erfüllen. Es geht selbstverständlich nicht an, der unehelichen Mutter allgemein die rechtliche Vertretung ihres Kindes abnehmen zu wollen. Nach dem heutigen Recht kann bereits die uneheliche Mutter als Vormund ihres Kindes bestellt werden und dieses Recht muß so erweitert werden, daß die Frau dem Manne vollständig gleichgestellt ist. Aber es bedarf eines Instituts, das eine „munt", eine Schutzgewalt in neuer Form, eine „Fürsorge" für alle hilfsbedürftigen, verwahrlosten usw. Kinder darstellt, losgelöst vom Almosen- und Armenwesen, und zu einer solchen sozialpolitischen Einrichtung kann sich die Berufsvormundschaft entwickeln. Diese stellt eine öffentliche Behörde dar, die sich aller hilfsbedürftigen Kinder annimmt, sie unter ihre Vormundschaft stellt, für ihre Pflege und Erziehung sorgt und ihre Rechte vertritt. In Deutschland gibt es bereits in 200 Orten 274 Berufsvormundschaften mit rund 100 000 Mündeln. Diese Berufsvormundschaften sind nicht alle gleicher Art. Man hat gesetzliche Vormundschaften für alle unehelichen Kinder und für die Armenpfleglinge, ferner Armenvormundschaften, Sammelvormundschaften, gesetzliche Anstaltsvormundschaften und Sammelvormundschaften von Vereinen. Eine einheitliche Gestaltung der Berufsvormundschaften und deren obligatorische Einführung im ganzen Deutschen Reich wird erstrebt.

Diese Berufsvormundschaften erweitern sich ganz naturgemäß zu einer Einrichtung des Mutterschutzes. Auch die berufstätige Frau wird hilfs- und schutzbedürftig, sobald sie Mutter wird. Für die verheiratete Frau ist zu-